

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	<i>I Mitteilungen</i>	
	Kommission	
93/C 237/01	ECU	1
93/C 237/02	Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 88/378/EWG des Rates über „Sicherheit von Spielzeug“	2
93/C 237/03	Zusammenfassung der laufenden Ausschreibungen, veröffentlicht im <i>Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften</i> , die von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) finanziert werden (Europäischer Entwicklungsfonds (EEF) sowie EG-Haushalt) (Woche vom 24. bis 28. August 1993)	2
93/C 237/04	Informationsverfahren — Technische Vorschriften	3
	<i>II Vorbereitende Rechtsakte</i>	
	Kommission	
93/C 237/05	Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über den Abschluß des Übereinkommens über die biologische Vielfalt	4

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
	III Bekanntmachungen	
	Kommission	
93/C 237/06	Aktionsplan zur Einführung fortgeschrittener Fernsehdienste in Europa — Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — Verfahrensweise für Anträge auf finanzielle Unterstützung der Fernsehdienste und der Programmproduktion	23
93/C 237/07	Phare — Schutz der natürlichen Ressourcen in Karstgebieten — Ausschreibung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Namen der Regierung der Tschechischen Republik im Rahmen des Programms Phare	30
<hr/>		
	Berichtigungen	
93/C 237/08	Berichtigung der Ausschreibung: Wellenlängen-dispersives Röntgen-Fluoreszenz-Analysesystem (Abl. Nr. C 225 vom 20. 8. 1993)	31
<hr/>		

Europäische Akademie für städtische Umwelt (EA.UE) (siehe dritte Umschlagseite)

I

(Mitteilungen)

KOMMISSION

ECU ⁽¹⁾

(93/C 237/01)

Betrag in nationaler Währung für eine Einheit:

	31. 8. 1993	August ⁽²⁾		31. 8. 1993	August ⁽²⁾
Belgischer und Luxemburgischer Franken	40,9214	40,7313	US-Dollar	1,14923	1,13327
Dänische Krone	7,87283	7,83353	Kanadischer Dollar	1,52021	1,48156
Deutsche Mark	1,91807	1,92126	Japanischer Yen	119,785	117,641
Griechische Drachme	270,679	269,231	Schweizer Franken	1,68708	1,69650
Spanische Peseta	154,032	157,310	Norwegische Krone	8,33597	8,34079
Französischer Franken	6,69717	6,72284	Schwedische Krone	9,37258	9,13697
Irishes Pfund	0,821645	0,814538	Finnmark	6,73567	6,60961
Italienische Lira	1833,67	1818,89	Österreichischer Schilling	13,4989	13,5188
Holländischer Gulden	2,15528	2,16155	Isländische Krone	81,2854	81,1775
Portugiesischer Escudo	195,600	196,343	Australischer Dollar	1,71784	1,67148
Pfund Sterling	0,767692	0,759606	Neuseeländischer Dollar	2,08195	2,05082

Die Kommission verfügt jetzt über einen Fernschreiber mit Abrufmöglichkeit, der die Umrechnungskurse in den wichtigsten Währungen automatisch mitteilt. Die Kurse sind borsentäglich ab 15.30 Uhr bis 13 Uhr am folgenden Tag abrufbar.

Dabei ist in folgender Weise zu verfahren:

- Fernschreib-Nr. 23789 in Brüssel wählen;
- eigene Fernschreib-Nummer angeben;
- den Code „cccc“ eingeben, der den Abruf der Umrechnungskurse des Ecu auslöst;
- den Ablauf der Übertragung nicht unterbrechen; das Ende der Mitteilung wird automatisch durch den Code „ffff“ angezeigt.

Vermerk: Außerdem verfügt die Kommission über einen Fernschreiber mit Abrufmöglichkeit (unter Nr. 21791) und einen Fernkopierer mit Abrufmöglichkeit (unter Nr. 296 10 97), über die die jeweils relevanten Daten zur Berechnung der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anwendbaren Umrechnungskurse täglich abgefragt werden können.

⁽¹⁾ Verordnung (EWG) Nr. 3180/78 des Rates vom 18. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 379 vom 30. 12. 1978, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1971/89 (ABl. Nr. L 189 vom 4. 7. 1989, S. 1).
 Beschluß 80/1184/EWG des Rates vom 18. Dezember 1980 (Abkommen von Lome) (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 34).
 Entscheidung Nr. 3334/80/EGKS der Kommission vom 19. Dezember 1980 (ABl. Nr. L 349 vom 23. 12. 1980, S. 27).
 Haushaltsordnung vom 16. Dezember 1980 betreffend den allgemeinen Haushalt der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 345 vom 20. 12. 1980, S. 23).
 Verordnung (EWG) Nr. 3308/80 des Rates vom 16. Dezember 1980 (ABl. Nr. L 345 vom 20. 12. 1980, S. 1).
 Entscheidung des Rates der Gouverneure der Europäischen Investitionsbank vom 13. Mai 1981 (ABl. Nr. L 311 vom 30. 10. 1981, S. 1).

⁽²⁾ Die Monatsdurchschnittskurse des Ecu werden am Monatsende veröffentlicht.

Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 88/378/EWG des Rates über „Sicherheit von Spielzeug“⁽¹⁾

(93/C 237/02)

Veröffentlichung der Titel und der Bezugsdaten der harmonisierten Europäischen Normen im Sinne dieser Richtlinie

OEN ⁽¹⁾	Bezugsnummer	Titel der harmonisierten Normen	Jahr der Ratifizierung
CEN	EN 71-5	Sicherheit von Spielzeug Teil 5 Chemisches Spielzeug (Sets), ausgenommen Experimentierkästen	1993

(¹) OEN: Europäische Normenorganisationen:

- CEN, rue de Stassart 36, B-1050 Brüssel, Tel. (32-2) 519 68 11, Telefax (32-2) 519 68 19;
- CENELEC, rue de Stassart 35, B-1050 Brüssel, Tel. (32-2) 519 68 71, Telefax (32-2) 519 69 19;
- ETSI, F-06921 Sophia Antipolis Cedex, Tel. (33) 92 94 42 12, Telefax (33) 93 65 47 16.

ACHTUNG:

- Alle Anfragen zur Lieferung der Normen müssen an eine dieser europäischen Normenorganisationen oder an eine Nationalnormenorganisation gerichtet werden, deren Liste sich im Anhang der Richtlinie 83/189/EWG des Rates⁽²⁾ befindet, welche durch die Entscheidung 92/400/EWG der Kommission⁽³⁾ geändert wurde.
- Die Veröffentlichung der Bezugsdaten im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* bedeutet nicht, daß die Normen in allen Sprachen der Gemeinschaft verfügbar sind.

(¹) ABl. Nr. L 187 vom 16. 7. 1988.

(²) ABl. Nr. L 109 vom 26. 4. 1983.

(³) ABl. Nr. L 221 vom 6. 8. 1992.

Zusammenfassung der laufenden Ausschreibungen, veröffentlicht im *Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, die von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) finanziert werden (Europäischer Entwicklungsfonds (EEF) sowie EG-Haushalt)

(Woche vom 24. bis 28. August 1993)

(93/C 237/03)

Nummer der Ausschreibung	Nummer und Datum des Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften „S“	Land	Gegenstand der Leistung	Angebotsabgabedatum
3724	S 164, 24. 8. 1993	Fidschi	FJ-Suva: Vorauswahl von Unternehmen (<i>Berichtigung</i>)	22. 9. 1993
3675	S 165, 25. 8. 1993	Kamerun	CM-Jaunde: Unterstützung des Gesundheitsdienstes	5. 10. 1993
3743	S 168, 28. 8. 1993	Jamaika	JM-Kingston: Abwasser	25. 11. 1993
3746	S 168, 28. 8. 1993	Kap Verde	CV-Praia: Ausrüstungsmaterial und verschiedener Bedarf	28. 10. 1993
3747	S 168, 28. 8. 1993	Senegal	SN-Dakar: Hydrozyklone	19. 10. 1993

Informationsverfahren — Technische Vorschriften

(93/C 237/04)

- Richtlinie 83/189/EWG des Rates vom 28. März 1983 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (ABl. Nr. L 109 vom 26. 4. 1983, S. 8);
- Richtlinie 88/182/EWG des Rates vom 22. März 1988 zur Änderung der Richtlinie 83/189/EWG (ABl. Nr. L 81 vom 26. 3. 1988, S. 75).

Der Kommission übermittelte einzelstaatliche Entwürfe von technischen Vorschriften:

Bezugsangaben ⁽¹⁾	Titel	Termin des Ablaufs des dreimonatigen Status quo ⁽²⁾
93-0193-B	Königlicher Erlaß bezüglich der Einstellung und der Einstellungskontrolle der Ausrichtung der Scheinwerfer der Kraftfahrzeuge	14. 10. 1993

⁽¹⁾ Jahr, Registriernummer, Staat.

⁽²⁾ Termin für die Stellungnahmen der Kommission und der Mitgliedstaaten.

⁽³⁾ Das übliche Informationsverfahren gilt nicht für die Notifizierungen „Pharmakopöe“.

⁽⁴⁾ Keine Stillhaltefrist, da die Kommission die Begründung der Dringlichkeit anerkannt hat.

Die Kommission erinnert an ihre Stellungnahme vom 1. Oktober 1986 (ABl. Nr. C 245 vom 1. 10. 1986, S. 4), nach der ihres Erachtens eine technische Vorschrift, die in den Geltungsbereich der Vorschriften der Richtlinie 83/189/EWG fällt, deren Entwurf der Kommission nicht mitgeteilt worden ist und für die die Verpflichtung des Status quo nicht eingehalten worden ist, gegenüber Dritten nicht kraft des Rechtssystems des betreffenden Mitgliedstaats durchsetzbar ist. Die Kommission ist deshalb der Ansicht, daß die am Rechtsstreit beteiligten Parteien von den einzelstaatlichen Gerichten die Ablehnung der Durchführung einzelstaatlicher technischer Vorschriften, die nicht gemäß den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft mitgeteilt worden sind, erwarten können.

Informationen über diese Mitteilung sind bei den einzelstaatlichen Diensten erhältlich, deren Liste im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* Nr. C 67 vom 17. März 1989 veröffentlicht wurde.

II

(Vorbereitende Rechtsakte)

KOMMISSION

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über den Abschluß des Übereinkommens über die biologische Vielfalt

(93/C 237/05)

KOM(92) 509 endg.

(Von der Kommission vorgelegt am 22. Dezember 1992)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —
gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 130s,

auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Gemeinschaft hat an den Verhandlungen im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über die Ausarbeitung eines Übereinkommens über die biologische Vielfalt teilgenommen ⁽¹⁾.

Die Gemeinschaft hat das Übereinkommen über die biologische Vielfalt auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro unterzeichnet.

Dieses Übereinkommen soll die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und die faire und ausgewogene Teilung der Vorteile aus der Nutzung des Genpotentials sicherstellen.

Das Übereinkommen steht nach Artikel 34 zur Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Mitgliedstaaten und Organisationen eines regionalen Wirtschaftszusammenschlusses offen.

Der Umweltschutz ist eines der Ziele der Gemeinschaft nach Artikel 130r des Vertrages, zu denen auch die Erhaltung der Natur gehört.

Die Gemeinschaft hat in ihrem eigenen Gebiet bereits umfangreiche Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt entwickelt und durchgeführt; dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Erhaltung der weltweiten biologischen Vielfalt.

Die Erhaltung der Natur ist ein globales Anliegen; daher liegt es im Interesse der Gemeinschaft, an internationalen Anstrengungen mit demselben Ziel teilzunehmen.

Die Europäische Gemeinschaft hat ein wirtschaftliches an der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der weltweiten biologischen Vielfalt sowie an der Vereinbarung von Regeln für die Nutzung und die Teilung der Vorteile.

Angesichts der Maßnahmen, welche die Gemeinschaft auf einigen der unter das Übereinkommen fallenden Gebieten bereits getroffen hat, ist es Sache der Gemeinschaft, ihre Verantwortung auf diesen Gebieten auf internationaler Ebene wahrzunehmen.

Daher teilen die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten die Zuständigkeit für die unter das Übereinkommen fallenden Gebiete und ist es für die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten notwendig, Vertragsparteien zu werden, damit alle Verpflichtungen aus dem Übereinkommen ordnungsgemäß erfüllt werden können.

Angesichts der Notwendigkeit zu raschem Handeln ist es wesentlich, daß die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten die Verfahren zur Ratifikation oder Genehmigung des Übereinkommens möglichst rasch abschließen.

Es ist wünschenswert, daß die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden möglichst gleichzeitig hinterlegen —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt, das im Juni 1992 in Rio de Janeiro unterzeichnet wurde, wird hiermit von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genehmigt.

Der Wortlaut des Übereinkommens ist im Anhang I zu dieser Entscheidung abgedruckt.

⁽¹⁾ Im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* nicht veröffentlichte Entschlüsse des Rates vom Juni 1991.

Artikel 2

(1) Der Präsident des Rates hinterlegt im Namen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Genehmigungsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen gemäß Artikel 34 Absatz 1 des Übereinkommens.

(2) Gleichzeitig hinterlegt der Präsident die Erklärung über die Zuständigkeiten nach Anhang II dieser Entscheidung gemäß den Bestimmungen von Artikel 34 Absatz 3 des Übereinkommens sowie den Wortlaut der Erklärung nach Anhang III dieser Entscheidung.

Artikel 3

(1) Die Mitgliedstaaten unternehmen die erforderlichen Schritte, damit die Ratifikations- oder Genehmi-

gungsurkunden der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft möglichst gleichzeitig, spätestens jedoch am 30. Juni 1993 hinterlegt werden können.

(2) Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission spätestens am 30. April 1993 von ihrer Entscheidung, das Übereinkommen zu ratifizieren oder zu genehmigen oder je nachdem vom vermutlichen Zeitpunkt, an dem diese Verfahren abgeschlossen sein werden. Die Kommission wählt in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten einen Zeitpunkt für die gleichzeitige Hinterlegung dieser Urkunden.

Artikel 4

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

ANHANG I

ÜBEREINKOMMEN ÜBER DIE BIOLOGISCHE VIELFALT

PRÄAMBEL

DIE VERTRAGSPARTEIEN —

IM BEWUSSTSEIN des Eigenwerts der biologischen Vielfalt sowie des Wertes der biologischen Vielfalt und ihrer Bestandteile in ökologischer, genetischer, sozialer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, erzieherischer, kultureller und ästhetischer Hinsicht sowie im Hinblick auf ihre Erholungsfunktion,

FERNER IM BEWUSSTSEIN der Bedeutung der biologischen Vielfalt für die Evolution und für die Bewahrung der lebenserhaltenden Systeme der Biosphäre,

IN BESTÄTIGUNG dessen, daß die Erhaltung der biologischen Vielfalt ein gemeinsames Anliegen der Menschheit ist,

IN BEKRÄFTIGUNG dessen, daß die Staaten souveräne Rechte über ihre eigenen biologischen Ressourcen haben,

SOWIE IN BEKRÄFTIGUNG dessen, daß die Staaten für die Erhaltung ihrer biologischen Vielfalt sowie für die nachhaltige Nutzung ihrer biologischen Ressourcen verantwortlich sind,

BESORGT darüber, daß die biologische Vielfalt durch bestimmte menschliche Tätigkeiten erheblich verringert wird,

INGEDEM des allgemeinen Mangels an Informationen und Kenntnissen über die biologische Vielfalt sowie der dringenden Notwendigkeit, wissenschaftliche, technische und institutionelle Voraussetzungen für die Bereitstellung des Grundwissens zu schaffen, das für die Planung und Durchführung geeigneter Maßnahmen erforderlich ist,

IN ANBETRACHT dessen, daß es von lebenswichtiger Bedeutung ist, die Ursachen der erheblichen Verringerung der biologischen Vielfalt oder des erheblichen Verlusts an biologischer Vielfalt an ihrem Ursprung vorherzusehen, zu verhüten und zu bekämpfen,

SOWIE IN ANBETRACHT dessen, daß in den Fällen, in denen eine erhebliche Verringerung der biologischen Vielfalt oder ein erheblicher Verlust an biologischer Vielfalt droht, das Fehlen einer völligen wissenschaftlichen Gewißheit nicht als Grund für das Aufschieben von Maßnahmen zur Vermeidung oder weitestgehenden Verringerung einer solchen Bedrohung dienen sollte,

FERNER IN ANBETRACHT dessen, daß die Grundvoraussetzung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt darin besteht, die Ökosysteme und natürlichen Lebensräume in situ zu erhalten und lebensfähige Populationen von Arten in ihrer natürlichen Umgebung zu bewahren und wiederherzustellen,

FERNER IN ANBETRACHT dessen, daß Ex-situ-Maßnahmen, vorzugsweise im Ursprungsland, ebenfalls eine wichtige Rolle spielen,

IN ANERKENNUNG der unmittelbaren und traditionellen Abhängigkeit vieler eingeborener und ortsansässiger Gemeinschaften mit traditionellen Lebensformen von biologischen Ressourcen sowie in Anerkennung dessen, daß eine gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Anwendung traditioneller Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche im Zusammenhang mit der Erhaltung der biologischen Vielfalt und der nachhaltigen Nutzung ihrer Bestandteile wünschenswert ist,

SOWIE IN ANERKENNUNG der wichtigen Rolle der Frau bei der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt sowie in Bestätigung der Notwendigkeit einer vollen Beteiligung der Frau auf allen Ebenen der politischen Entscheidung und Umsetzung im Bereich der Erhaltung der biologischen Vielfalt,

UNTER BETONUNG dessen, wie wichtig und notwendig es ist, internationale, regionale und weltweite Zusammenarbeit zwischen Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen und dem nichtstaatlichen Bereich bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt und der nachhaltigen Nutzung ihrer Bestandteile zu fördern,

IN ANERKENNUNG dessen, daß die Bereitstellung neuer und zusätzlicher finanzieller Mittel und ein angemessener Zugang zu einschlägigen Technologien für die Fähigkeit der Welt, dem Verlust an biologischer Vielfalt zu begegnen, von erheblicher Bedeutung sein dürfte,

FERNER IN ANERKENNUNG dessen, daß besondere Vorkehrungen erforderlich sind, um den Bedürfnissen der Entwicklungsländer gerecht zu werden, einschließlich der Bereitstellung neuer und zusätzlicher finanzieller Mittel und eines angemessenen Zugangs zu einschlägigen Technologien,

in dieser Hinsicht KENNTNIS NEHMEND von den besonderen Bedingungen der am wenigsten entwickelten Länder und der kleinen Inselstaaten,

IN ANERKENNUNG dessen, daß zur Erhaltung der biologischen Vielfalt erhebliche Investitionen erforderlich sind und daß von diesen Investitionen zahlreiche Vorteile für die Umwelt, die Wirtschaft und den Sozialbereich erwartet werden,

IN DER ERKENNTNIS, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die Beseitigung der Armut die ersten und vordringlichsten Anliegen der Entwicklungsländer sind,

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt für die Befriedigung der Nahrungsmittel-, Gesundheits- und sonstigen Bedürfnisse einer wachsenden Weltbevölkerung von ausschlaggebender Bedeutung sind und daß dazu der Zugang zu genetischen Ressourcen und zu Technologien sowie die Teilhabe daran wesentlich sind,

IN ANBETRACHT dessen, daß die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt letztlich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten stärken und zum Frieden unter den Menschen beitragen werden,

IN DEM WUNSCH, die bestehenden internationalen Vorkehrungen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und zur nachhaltigen Nutzung ihrer Bestandteile zu verbessern und zu ergänzen,

ENTSCHLOSSEN, die biologische Vielfalt zum Nutzen heutiger und künftiger Generationen zu erhalten und nachhaltig zu nutzen —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Ziele

Die Ziele dieses Übereinkommens, die in Übereinstimmung mit seinen maßgeblichen Bestimmungen verfolgt werden, sind die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile, insbesondere durch angemessenen Zugang zu genetischen Ressourcen und angemessene Weitergabe der einschlägigen Technologien unter Berücksichtigung aller Rechte an diesen Ressourcen und Technologien sowie durch angemessene Finanzierung.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

schließt „biologische Ressourcen“ genetische Ressourcen, Organismen oder Teile davon, Populationen oder einen anderen biotischen Bestandteil von Ökosystemen ein, die einen tatsächlichen oder potentiellen Nutzen oder Wert für die Menschheit haben;

bedeutet „biologische Vielfalt“ die Variabilität unter lebenden Organismen jeglicher Herkunft, darunter unter anderem Land-, Meeres- und sonstige aquatische Ökosysteme und die ökologischen Komplexe, zu denen sie gehören; dies umfaßt die Vielfalt innerhalb der Arten und zwischen den Arten und die Vielfalt der Ökosysteme;

bedeutet „Biotechnologie“ jede technologische Anwendung, die biologische Systeme, lebende Organismen oder Produkte daraus benutzt, um Erzeugnisse oder Verfahren für eine bestimmte Nutzung herzustellen oder zu verändern;

bedeutet „domestizierte oder gezüchtete Arten“ Arten, deren Evolutionsprozeß der Mensch beeinflusst hat, um sie seinen Bedürfnissen anzupassen;

bedeutet „Ex-situ-Erhaltung“ die Erhaltung von Bestandteilen der biologischen Vielfalt außerhalb ihrer natürlichen Lebensräume;

bedeutet „genetische Ressourcen“ genetisches Material von tatsächlichem oder potentielltem Wert;

bedeutet „genetische Ressourcen zur Verfügung stehendes Land“ das Land, das genetische Ressourcen bereitstellt, die aus In-situ-Quellen gewonnen werden, einschließlich Populationen sowohl wildlebender als auch domestizierter Arten, oder die aus Ex-situ-Quellen entnommen werden, unabhängig davon, ob sie ihren Ursprung in diesem Land haben oder nicht;

bedeutet „genetisches Material“ jedes Material pflanzlichen, tierischen, mikrobiellen oder sonstigen Ursprungs, das funktionale Erbinheiten enthält;

bedeutet „In-situ-Bedingungen“ die Bedingungen, unter denen genetische Ressourcen in Ökosystemen und natürlichen Lebensräumen und — im Fall domestizierter oder gezüchteter Arten — in der Umgebung, in der sie ihre besonderen Eigenschaften entwickelt haben, leben;

bedeutet „In-situ-Erhaltung“ die Erhaltung von Ökosystemen und natürlichen Lebensräumen sowie die Bewahrung und Wiederherstellung lebensfähiger Populationen von Arten in ihrer natürlichen Umgebung und — im Fall domestizierter oder gezüchteter Arten — in der Umgebung, in der sie ihre besonderen Eigenschaften entwickelt haben;

bedeutet „Lebensraum“ den Ort oder den Gebietstyp, an beziehungsweise in dem ein Organismus oder eine Population von Natur aus vorkommt;

bedeutet „nachhaltige Nutzung“ die Nutzung von Bestandteilen der biologischen Vielfalt in einer Weise und in einem Ausmaß, die nicht zum langfristigen Rückgang der biologischen Vielfalt führen, wodurch ihr Potential erhalten bleibt, die Bedürfnisse und Wünsche heutiger und künftiger Generationen zu erfüllen;

bedeutet „Ökosystem“ einen dynamischen Komplex von Gemeinschaften aus Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen sowie deren nicht lebender Umwelt, die als funktionelle Einheit in Wechselwirkung stehen;

bedeutet „Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration“ eine von souveränen Staaten einer bestimmten Region gebildete Organisation, der ihre Mitgliedstaaten die Zuständigkeit für die durch dieses Übereinkommen erfaßten Angelegenheiten übertragen haben und die im Einklang mit ihren internen Verfahren ordnungsgemäß ermächtigt ist, dieses zu unterzeichnen, zu ratifizieren, anzunehmen, zu genehmigen oder ihm beizutreten;

bedeutet „Schutzgebiet“ ein geographisch festgelegtes Gebiet, das im Hinblick auf die Verwirklichung bestimmter Erhaltungsziele ausgewiesen ist oder geregelt und verwaltet wird;

schließt „Technologie“ die Biotechnologie ein;

bedeutet „Ursprungsland der genetischen Ressourcen“ das Land, das diese genetischen Ressourcen unter In-situ-Bedingungen besitzt.

Artikel 3

Grundsatz

Die Staaten haben nach der Charta der Vereinten Nationen und den Grundsätzen des Völkerrechts das souveräne Recht, ihre eigenen Ressourcen gemäß ihrer eigenen Umweltpolitik zu nutzen, sowie die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch Tätigkeiten, die innerhalb ihres Hoheitsbereichs oder unter ihrer Kontrolle ausgeübt werden, der Umwelt in anderen Staaten oder in Gebieten außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche kein Schaden zugefügt wird.

Artikel 4

Geltungsbereich

Vorbehaltlich der Rechte anderer Staaten und sofern nicht in diesem Übereinkommen ausdrücklich etwas an-

deres bestimmt ist, finden seine Bestimmungen in bezug auf jede Vertragspartei Anwendung

- a) auf Bestandteile der biologischen Vielfalt in Gebieten, die innerhalb ihres nationalen Hoheitsbereichs liegen;
- b) auf Verfahren und Tätigkeiten, die unter ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle entweder innerhalb ihres nationalen Hoheitsbereichs oder außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche durchgeführt werden, unabhängig davon, wo diese Verfahren und Tätigkeiten sich auswirken.

Artikel 5

Zusammenarbeit

Jede Vertragspartei arbeitet, soweit möglich und sofern angebracht, mit anderen Vertragsparteien unmittelbar oder gegebenenfalls über zuständige internationale Organisationen bei der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt in bezug auf Gebiete außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche sowie in anderen Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse zusammen.

Artikel 6

Allgemeine Maßnahmen zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung

Jede Vertragspartei wird entsprechend ihren besonderen Umständen und Möglichkeiten

- a) nationale Strategien, Pläne oder Programme zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt entwickeln oder zu diesem Zweck ihre bestehenden Strategien, Pläne und Programme anpassen, in denen unter anderem die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Maßnahmen, die für die jeweilige Vertragspartei von Belang sind, zum Ausdruck kommen;
- b) die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt, soweit möglich und sofern angebracht, in ihre diesbezüglichen sektoralen oder sektorenübergreifenden Pläne, Programme und Politiken einbeziehen.

Artikel 7

Bestimmung und Überwachung

Jede Vertragspartei wird, soweit möglich und sofern angebracht, insbesondere zu den in den Artikeln 8 bis 10 vorgesehenen Zwecken

- a) unter Berücksichtigung der in Anlage I enthaltenen, als Anhalt dienenden Liste von Kategorien Bestandteile der biologischen Vielfalt bestimmen, die für deren Erhaltung und nachhaltige Nutzung von Bedeutung sind;
- b) durch Probennahme und andere Verfahren die nach Buchstabe a) bestimmten Bestandteile der biologischen Vielfalt überwachen, wobei diejenigen, die dringender Erhaltungsmaßnahmen bedürfen, und diejenigen, die das größte Potential für eine nachhaltige Nutzung bieten, besonders zu berücksichtigen sind;

- c) Vorgänge und Kategorien von Tätigkeiten bestimmen, die erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt haben oder wahrscheinlich haben, und durch Probennahme und andere Verfahren deren Wirkungen überwachen;
- d) mit Hilfe eines beliebigen Systems die aus den Bestimmungs- und Überwachungstätigkeiten nach den Buchstaben a), b) und c) gewonnenen Daten führen und organisieren.

Artikel 8

In-situ-Erhaltung

Jede Vertragspartei wird, soweit möglich und sofern angebracht,

- a) ein System von Schutzgebieten oder Gebieten, in denen besondere Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt notwendig sind, einrichten;
- b) erforderlichenfalls Leitlinien für die Auswahl, Einrichtung und Verwaltung von Schutzgebieten oder Gebieten, in denen besondere Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt notwendig sind, entwickeln;
- c) biologische Ressourcen von Bedeutung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt sowohl innerhalb als auch außerhalb der Schutzgebiete regeln oder verwalten, um ihre Erhaltung und nachhaltige Nutzung zu gewährleisten;
- d) den Schutz von Ökosystemen und natürlichen Lebensräumen sowie die Bewahrung lebensfähiger Populationen von Arten in ihrer natürlichen Umgebung fördern;
- e) um den Schutz der Schutzgebiete zu verstärken, die umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung in den angrenzenden Gebieten fördern;
- f) beeinträchtigte Ökosysteme sanieren und wiederherstellen sowie die Regenerierung gefährdeter Arten fördern, unter anderem durch die Entwicklung und Durchführung von Plänen oder sonstigen Managementstrategien;
- g) Mittel zur Regelung, Bewältigung oder Kontrolle der Risiken einführen oder beibehalten, die mit der Nutzung und Freisetzung der durch Biotechnologie hervorgebrachten lebenden modifizierten Organismen zusammenhängen, die nachteilige Umweltauswirkungen haben können, welche die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt beeinträchtigen könnten, wobei auch die Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen sind;
- h) die Einbringung nichtheimischer Arten, welche Ökosysteme, Lebensräume oder Arten gefährden, verhindern, diese Arten kontrollieren oder beseitigen;

- i) sich bemühen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die gegenwärtigen Nutzungen mit der Erhaltung der biologischen Vielfalt und der nachhaltigen Nutzung ihrer Bestandteile vereinbar sind;
- j) im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche eingeborener und ortsansässiger Gemeinschaften mit traditionellen Lebensformen, die für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt von Belang sind, achten, bewahren und erhalten, ihre breitere Anwendung mit Billigung und unter Beteiligung der Träger dieser Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche begünstigen und die gerechte Teilung der aus der Nutzung dieser Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche entstehenden Vorteile fördern;
- k) notwendige Rechtsvorschriften oder sonstige Regelungen zum Schutz bedrohter Arten und Populationen ausarbeiten oder beibehalten;
- l) in den Fällen, in denen nach Artikel 7 eine erhebliche nachteilige Wirkung auf die biologische Vielfalt festgestellt wurde, die entsprechenden Vorgänge und Kategorien von Tätigkeiten regeln oder beaufsichtigen;
- m) bei der Bereitstellung finanzieller und sonstiger Unterstützung für die unter den Buchstaben a) bis l) vorgesehene In-situ-Erhaltung zusammenarbeiten, insbesondere zugunsten der Entwicklungsländer.

Artikel 9

Ex-situ-Erhaltung

Jede Vertragspartei wird, soweit möglich und sofern angebracht, in erster Linie zur Ergänzung der In-situ-Maßnahmen

- a) Maßnahmen zur Ex-situ-Erhaltung der Bestandteile der biologischen Vielfalt, vorzugsweise im Ursprungsland dieser Bestandteile, ergreifen;
- b) Einrichtungen für die Ex-situ-Erhaltung und die Forschung in bezug auf Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen, vorzugsweise im Ursprungsland der genetischen Ressourcen, schaffen und unterhalten;
- c) Maßnahmen zur Regenerierung und Förderung gefährdeter Arten sowie zu ihrer Wiedereinführung in ihren natürlichen Lebensraum unter geeigneten Bedingungen ergreifen;
- d) die Entnahme biologischer Ressourcen aus ihrem natürlichen Lebensraum für Zwecke der Ex-situ-Erhaltung so regeln und beaufsichtigen, daß Ökosysteme und In-situ-Populationen von Arten nicht gefährdet werden, es sei denn, daß besondere vorübergehende Ex-situ-Maßnahmen nach Buchstabe c) notwendig sind;
- e) bei der Bereitstellung finanzieller und sonstiger Unterstützung für die unter den Buchstaben a) bis d) vorgesehene Ex-situ-Erhaltung sowie bei der Schaffung und Unterhaltung von Einrichtungen für die Ex-situ-Erhaltung in Entwicklungsländern zusammenarbeiten.

*Artikel 10***Nachhaltige Nutzung von Bestandteilen der biologischen Vielfalt**

Jede Vertragspartei wird, soweit möglich und sofern angebracht,

- a) Gesichtspunkte der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Ressourcen in den innerstaatlichen Entscheidungsprozeß einbeziehen;
- b) Maßnahmen im Zusammenhang mit der Nutzung der biologischen Ressourcen beschließen, um nachteilige Auswirkungen auf die biologische Vielfalt zu vermeiden oder auf ein Mindestmaß zu beschränken;
- c) die herkömmliche Nutzung biologischer Ressourcen im Einklang mit traditionellen Kulturverfahren, die mit den Erfordernissen der Erhaltung oder nachhaltigen Nutzung vereinbar sind, schützen und fördern;
- d) ortsansässige Bevölkerungsgruppen bei der Ausarbeitung und Durchführung von Abhilfemaßnahmen in beeinträchtigten Gebieten, in denen die biologische Vielfalt verringert worden ist, unterstützen;
- e) die Zusammenarbeit zwischen ihren Regierungsbehörden und ihrem privaten Sektor bei der Erarbeitung von Methoden zur nachhaltigen Nutzung biologischer Ressourcen fördern.

*Artikel 11***Anreizmaßnahmen**

Jede Vertragspartei beschließt, soweit möglich und sofern angebracht, wirtschaftlich und sozial verträgliche Maßnahmen, die als Anreiz für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung von Bestandteilen der biologischen Vielfalt dienen.

*Artikel 12***Forschung und Ausbildung**

Die Vertragsparteien werden unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer

- a) Programme der wissenschaftlichen und technischen Bildung und Ausbildung in der Bestimmung, Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt und ihrer Bestandteile einrichten beziehungsweise weiterführen sowie Unterstützung für solche Bildung und Ausbildung für die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer gewähren;
- b) die Forschung unterstützen und fördern, die zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt, insbesondere in den Entwicklungsländern, beiträgt, unter anderem im Einklang mit den Beschlüssen der Konferenz der Vertragsparteien, die aufgrund der Empfehlungen des Nebenorgans für wissenschaftliche, technische und technologische Beratung gefaßt worden sind;
- c) in Übereinstimmung mit den Artikeln 16, 18 und 20 die Nutzung wissenschaftlicher Fortschritte auf dem Gebiet der Erforschung der biologischen Vielfalt zur

Erarbeitung von Methoden zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Ressourcen fördern und dabei zusammenarbeiten.

*Artikel 13***Aufklärung und Bewußtseinsbildung in der Öffentlichkeit**

Die Vertragsparteien

- a) fördern und begünstigen das Bewußtsein für die Bedeutung der Erhaltung der biologischen Vielfalt und die dafür notwendigen Maßnahmen sowie die Verbreitung dieser Thematik durch die Medien und ihre Einbeziehung in Bildungsprogramme;
- b) arbeiten gegebenenfalls mit anderen Staaten und internationalen Organisationen bei der Erarbeitung von Programmen zur Aufklärung und Bewußtseinsbildung in der Öffentlichkeit in bezug auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt zusammen.

*Artikel 14***Verträglichkeitsprüfung und möglichst weitgehende Verringerung nachteiliger Auswirkungen**

(1) Jede Vertragspartei wird, soweit möglich und sofern angebracht,

- a) geeignete Verfahren einführen, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung ihrer geplanten Vorhaben, die wahrscheinlich erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die biologische Vielfalt haben, vorschreiben, mit dem Ziel, diese Auswirkungen zu vermeiden oder auf ein Mindestmaß zu beschränken, und gegebenenfalls die Beteiligung der Öffentlichkeit an diesen Verfahren ermöglichen;
- b) geeignete Regelungen einführen, um sicherzustellen, daß die Umweltfolgen ihrer Programme und Politiken, die wahrscheinlich erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die biologische Vielfalt haben, gebührend berücksichtigt werden;
- c) auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Benachrichtigung, den Informationsaustausch und Konsultationen über Tätigkeiten, die unter ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle ausgeübt werden und die wahrscheinlich erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die biologische Vielfalt in anderen Staaten oder in Gebieten außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche haben, dadurch fördern, daß sie, sofern angebracht, den Abschluß bilateraler, regionaler oder multilateraler Übereinkünfte unterstützen;
- d) im Fall einer akuten oder ernsthaften Gefahr oder eines unmittelbar drohenden oder schwerwiegenden Schadens, die ihren Ursprung in einem Gebiet unter ihrer Hoheitsgewalt oder Kontrolle haben, für die biologische Vielfalt im Hoheitsbereich anderer Staaten oder außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche die potentiell betroffenen Staaten sofort über diese Gefahr oder diesen Schaden unterrichten sowie Maßnahmen zur Verhütung oder möglichst weitgehenden Verringerung dieser Gefahr oder dieses Schadens ergreifen;

e) einzelstaatliche Vorkehrungen für Notfallmaßnahmen bei Tätigkeiten oder Ereignissen natürlicher oder anderer Ursache, die eine ernsthafte oder akute Gefahr für die biologische Vielfalt darstellen, fördern und die internationale Zusammenarbeit zur Ergänzung dieser einzelstaatlichen Bemühungen unterstützen sowie, sofern dies angebracht ist und von den betroffenen Staaten oder Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration vereinbart wird, gemeinsame Notfallpläne aufstellen.

(2) Die Konferenz der Vertragsparteien prüft auf der Grundlage durchzuführender Untersuchungen die Frage der Haftung und Wiedergutmachung einschließlich Wiederherstellung und Entschädigung bei Schäden an der biologischen Vielfalt mit Ausnahme der Fälle, in denen diese Haftung eine rein innere Angelegenheit ist.

Artikel 15

Zugang zu genetischen Ressourcen

(1) In Anbetracht der souveränen Rechte der Staaten in bezug auf ihre natürlichen Ressourcen liegt die Befugnis, den Zugang zu genetischen Ressourcen zu bestimmen, bei den Regierungen der einzelnen Staaten und unterliegt den innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

(2) Jede Vertragspartei bemüht sich, Voraussetzungen zu schaffen, um den Zugang zu genetischen Ressourcen für eine umweltverträgliche Nutzung durch andere Vertragsparteien zu erleichtern, und keine Beschränkungen aufzuerlegen, die den Zielen dieses Übereinkommens zuwiderlaufen.

(3) Für die Zwecke dieses Übereinkommens gelten als von einer Vertragspartei nach diesem Artikel oder den Artikeln 16 und 19 zur Verfügung gestellte genetische Ressourcen nur diejenigen, die von Vertragsparteien, die Ursprungsländer dieser Ressourcen sind, oder von den Vertragsparteien, die diese Ressourcen in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen erworben haben, zur Verfügung gestellt werden.

(4) Der Zugang, sofern er gewährt wird, erfolgt zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen und vorbehaltlich dieses Artikels.

(5) Der Zugang zu genetischen Ressourcen bedarf der auf Kenntnis der Sachlage gegründeten vorherigen Zustimmung der Vertragspartei, die diese Ressourcen zur Verfügung stellt, sofern diese Vertragspartei nichts anderes bestimmt hat.

(6) Jede Vertragspartei bemüht sich, wissenschaftliche Forschung auf der Grundlage genetischer Ressourcen, die von anderen Vertragsparteien zur Verfügung gestellt wurden, unter voller Beteiligung dieser Vertragsparteien und nach Möglichkeit in deren Hoheitsgebiet zu planen und durchzuführen.

(7) Jede Vertragspartei ergreift, sofern angebracht, in Übereinstimmung mit den Artikeln 16 und 19 Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder politische Maßnahmen, erforderlichenfalls durch den in den Artikeln 20 und 21

festgelegten Finanzierungsmechanismus, mit dem Ziel, die Ergebnisse der Forschung und Entwicklung und die Vorteile, die sich aus der kommerziellen und sonstigen Nutzung der genetischen Ressourcen ergeben, mit der Vertragspartei, die diese Ressourcen zur Verfügung gestellt hat, ausgewogen und gerecht zu teilen. Diese Aufteilung erfolgt zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen.

Artikel 16

Zugang zur Technologie und Weitergabe von Technologie

(1) In der Erkenntnis, daß Technologie auch Biotechnologie umfaßt und daß sowohl der Zugang zur Technologie als auch die Weitergabe von Technologie unter den Vertragsparteien für die Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens wesentlich sind, verpflichtet sich jede Vertragspartei, vorbehaltlich dieses Artikels den Zugang zu Technologien, die für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt von Belang sind oder die genetische Ressourcen nutzen, ohne der Umwelt erhebliche Schäden zuzufügen, für andere Vertragsparteien sowie die Weitergabe solcher Technologien an andere Vertragsparteien zu gewährleisten oder zu erleichtern.

(2) Der Zugang zur Technologie und die Weitergabe von Technologie nach Absatz 1 werden in bezug auf Entwicklungsländer unter ausgewogenen und möglichst günstigen Bedingungen, darunter im beiderseitigen Einvernehmen auch zu Konzessions- oder Vorzugsbedingungen, gewährt oder erleichtert, erforderlichenfalls in Übereinstimmung mit dem in den Artikeln 20 und 21 festgelegten Finanzierungsmechanismus. Handelt es sich um Technologie, die Gegenstand von Patenten oder anderen Rechten des geistigen Eigentums ist, so erfolgen dieser Zugang und diese Weitergabe zu Bedingungen, die einen angemessenen und wirkungsvollen Schutz der Rechte des geistigen Eigentums anerkennen und mit ihm vereinbar sind. Die Anwendung dieses Absatzes muß mit den Absätzen 3, 4 und 5 in Einklang stehen.

(3) Jede Vertragspartei ergreift, sofern angebracht, Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder politische Maßnahmen mit dem Ziel, Vertragsparteien, insbesondere denen, die Entwicklungsländer sind, wenn sie genetische Ressourcen zur Verfügung stellen, zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen den Zugang zu Technologie oder die Weitergabe von Technologie, die diese Ressourcen nutzt, einschließlich Technologie, die durch Patente und sonstige Rechte des geistigen Eigentums geschützt ist, zu gewähren, erforderlichenfalls über die Bestimmungen der Artikel 20 und 21, und zwar in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und im Einklang mit den Absätzen 4 und 5 dieses Artikels.

(4) Jede Vertragspartei ergreift, sofern angebracht, Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder politische Maßnahmen, um dafür zu sorgen, daß der private Sektor den Zugang zu der in Absatz 1 bezeichneten Technologie, ihre gemeinsame Entwicklung sowie ihre Weitergabe zum Nutzen sowohl der Regierungsinstitutionen als auch

des privaten Sektors von Entwicklungsländern erleichtert, und beachtet dabei die in den Absätzen 1, 2 und 3 enthaltenen Verpflichtungen.

(5) In der Erkenntnis, daß Patente und sonstige Rechte des geistigen Eigentums einen Einfluß auf die Durchführung dieses Übereinkommens haben können, arbeiten die Vertragsparteien vorbehaltlich des innerstaatlichen Rechts und des Völkerrechts in dieser Hinsicht zusammen, um sicherzustellen, daß solche Rechte die Ziele des Übereinkommens unterstützen und ihnen nicht zuwiderlaufen.

Artikel 17

Informationsaustausch

(1) Die Vertragsparteien erleichtern den Austausch von für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt maßgeblichen Informationen aus allen öffentlich zugänglichen Quellen, wobei sie die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigen.

(2) Dieser Informationsaustausch umfaßt den Austausch der Ergebnisse der technischen, wissenschaftlichen und sozio-ökonomischen Forschung sowie Informationen über Ausbildungs- und Überwachungsprogramme, Fachwissen, indigenes Wissen und traditionelle Kenntnisse an sich und in Verbindung mit den in Artikel 16 Absatz 1 bezeichneten Technologien. Er umfaßt auch, soweit durchführbar, die Rückführung von Informationen.

Artikel 18

Technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien fördern die internationale technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt, erforderlichenfalls durch die zuständigen internationalen und nationalen Institutionen.

(2) Jede Vertragspartei fördert die technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Vertragsparteien, insbesondere Entwicklungsländern, bei der Durchführung dieses Übereinkommens, unter anderem durch die Erarbeitung und Durchführung nationaler Politiken. Bei der Förderung einer solchen Zusammenarbeit soll dem Ausbau und der Stärkung nationaler Möglichkeiten durch Erschließung der menschlichen Ressourcen und Schaffung von Institutionen besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

(3) Die Konferenz der Vertragsparteien bestimmt auf ihrer ersten Tagung, wie ein Vermittlungsmechanismus zur Förderung und Erleichterung der technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit eingerichtet werden soll.

(4) Die Vertragsparteien unterstützen und entwickeln im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Politiken Methoden der Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung von Technologien, einschließlich indigener und traditioneller Technologien,

zur Verwirklichung der Ziele dieses Übereinkommens. Zu diesem Zweck fördern die Vertragsparteien auch die Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Personal und dem Austausch von Sachverständigen.

(5) Die Vertragsparteien fördern im gegenseitigen Einvernehmen die Einrichtung von gemeinsamen Forschungsprogrammen und Gemeinschaftsunternehmen zur Entwicklung der Technologien, die für die Ziele dieses Übereinkommens von Belang sind.

Artikel 19

Umgang mit Biotechnologie und Verteilung der daraus entstehenden Vorteile

(1) Jede Vertragspartei ergreift, sofern angebracht, Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und politische Maßnahmen, um für die wirksame Beteiligung derjenigen Vertragsparteien, insbesondere unter den Entwicklungsländern, welche die genetischen Ressourcen für biotechnologische Forschungsarbeiten zur Verfügung stellen, an diesen Arbeiten zu sorgen, die nach Möglichkeit in diesen Vertragsparteien durchgeführt werden sollen.

(2) Jede Vertragspartei ergreift alle durchführbaren Maßnahmen, um den vorrangigen Zugang der Vertragsparteien, insbesondere unter den Entwicklungsländern, zu den Ergebnissen und Vorteilen aus den Biotechnologien, die sich auf die von diesen Vertragsparteien zur Verfügung gestellten genetischen Ressourcen stützen, auf der Grundlage der Ausgewogenheit und Gerechtigkeit zu fördern und zu erleichtern. Dieser Zugang erfolgt zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen.

(3) Die Vertragsparteien prüfen die Notwendigkeit und die näheren Einzelheiten eines Protokolls über geeignete Verfahren, insbesondere einschließlich einer vorherigen Zustimmung in Kenntnis der Sachlage, im Bereich der sicheren Weitergabe, Handhabung und Verwendung der durch Biotechnologie hervorgebrachten lebenden modifizierten Organismen, die nachteilige Auswirkungen auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt haben können.

(4) Jede Vertragspartei übermittelt selbst alle verfügbaren Informationen über die Nutzung und die von ihr vorgeschriebenen Sicherheitsbestimmungen für den Umgang mit diesen Organismen sowie alle verfügbaren Informationen über die möglichen nachteiligen Auswirkungen der einzelnen betroffenen Organismen für die Vertragspartei, in die diese Organismen eingebracht werden sollen, oder verpflichtet jede natürliche oder juristische Person in ihrem Hoheitsbereich, welche die in Absatz 3 bezeichneten Organismen zur Verfügung stellt, solche Informationen zu übermitteln.

Artikel 20

Finanzielle Mittel

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, im Rahmen ihrer Möglichkeiten finanzielle Unterstützung und Anreize im Hinblick auf diejenigen innerstaatlichen Tätigkeiten, die zur Verwirklichung der Ziele dieses Überein-

kommens durchgeführt werden sollen, im Einklang mit ihren innerstaatlichen Plänen, Prioritäten und Programmen bereitzustellen.

(2) Die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, stellen neue und zusätzliche finanzielle Mittel bereit, um es den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, zu ermöglichen, die vereinbarten vollen Mehrkosten zu tragen, die ihnen aus der Durchführung von Maßnahmen zur Erfüllung von Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen entstehen, und aus seinen Bestimmungen Nutzen zu ziehen; diese Kosten werden zwischen einer Vertragspartei, die Entwicklungsland ist, und der in Artikel 21 bezeichneten Einrichtung im Einklang mit einer Politik, einer Strategie, mit Programmprioritäten und Zuteilungskriterien sowie einer als Anhalt dienenden Liste der Mehrkosten vereinbart, die von der Konferenz der Vertragsparteien aufgestellt werden. Andere Vertragsparteien einschließlich der Länder, die sich im Übergang zur Marktwirtschaft befinden, können freiwillig die Verpflichtungen der Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, übernehmen. Für die Zwecke dieses Artikels erstellt die Konferenz der Vertragsparteien auf ihrer ersten Tagung eine Liste von Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, und von anderen Vertragsparteien, die freiwillig die Verpflichtungen der Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, übernehmen. Die Konferenz der Vertragsparteien überprüft diese Liste in regelmäßigen Abständen und ändert sie, soweit erforderlich. Freiwillige Beiträge aus anderen Ländern und Quellen wären ebenfalls erwünscht. Bei der Erfüllung dieser Verpflichtungen wird berücksichtigt, daß die Mittel angemessen und vorhersehbar sein und rechtzeitig eingehen müssen und daß eine Lastenteilung unter den in der Liste aufgeführten beitragsleistenden Vertragsparteien wichtig ist.

(3) Die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, können auch finanzielle Mittel im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Übereinkommens auf bilateralem, regionalem oder multilateralem Weg zur Verfügung stellen, welche die Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, in Anspruch nehmen können.

(4) Der Umfang, in dem Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, ihre Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen wirksam erfüllen, wird davon abhängen, inwieweit Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, ihre Verpflichtungen aus dem Übereinkommen betreffend finanzielle Mittel und die Weitergabe von Technologie wirksam erfüllen, wobei voll zu berücksichtigen ist, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Beseitigung der Armut für die Entwicklungsländer erste und dringlichste Anliegen sind.

(5) Die Vertragsparteien tragen bei ihren Maßnahmen hinsichtlich der Finanzierung und der Weitergabe von Technologie den speziellen Bedürfnissen und der besonderen Lage der am wenigsten entwickelten Länder voll Rechnung.

(6) Die Vertragsparteien berücksichtigen ferner die besonderen Bedingungen, die sich in den Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, insbesondere kleinen

Inselstaaten, aus der Abhängigkeit von der biologischen Vielfalt, aus deren Verteilung und aus deren Vorkommen ergeben.

(7) Sie berücksichtigen auch die besondere Lage von Entwicklungsländern, insbesondere derer, die im Umweltbereich am empfindlichsten sind, z. B. die Länder mit trockenen und halbtrockenen Zonen, Küsten- und Bergregionen.

Artikel 21

Finanzierungsmechanismus

(1) Für die Bereitstellung finanzieller Mittel im Rahmen dieses Übereinkommens in Form unentgeltlicher Zuschüsse oder zu Vorzugsbedingungen für Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, wird ein Mechanismus eingerichtet, dessen wesentliche Elemente in diesem Artikel beschrieben werden. Der Mechanismus arbeitet für die Zwecke des Übereinkommens unter Aufsicht und Leitung der Konferenz der Vertragsparteien und ist dieser gegenüber verantwortlich. Die Arbeit des Mechanismus wird durch die Einrichtung ausgeführt, die von der Konferenz der Vertragsparteien auf ihrer ersten Tagung beschlossen wird. Für die Zwecke des Übereinkommens bestimmt die Konferenz der Vertragsparteien die Politik, die Strategie, die Programmprioritäten und die Zuteilungskriterien für den Zugang zu solchen Mitteln und für ihre Verwendung. Die Beiträge müssen so gestaltet sein, daß die in Artikel 20 bezeichneten Mittel vorhersehbar und angemessen sind und rechtzeitig eingehen, der Höhe der benötigten Beträge entsprechen, die in regelmäßigen Abständen von der Konferenz der Vertragsparteien beschlossen wird, und die Bedeutung der Lastenteilung unter den in der in Artikel 20 Absatz 2 genannten Liste aufgeführten beitragsleistenden Vertragsparteien berücksichtigen. Die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, sowie andere Länder und Geldgeber können auch freiwillige Beiträge leisten. Der Mechanismus arbeitet mit einer demokratischen und transparenten Leitungsstruktur.

(2) Im Einklang mit den Zielen dieses Übereinkommens bestimmt die Konferenz der Vertragsparteien auf ihrer ersten Tagung die Politik, die Strategie, die Programmprioritäten sowie detaillierte Kriterien und Leitlinien für die Berechtigung zum Zugang zu den finanziellen Mitteln und zu ihrer Verwendung, wozu auch eine regelmäßige Überwachung und Bewertung dieser Verwendung gehört. Die Konferenz der Vertragsparteien beschließt Vorkehrungen zur Durchführung des Absatzes 1 nach Konsultationen mit der Einrichtung, der die Erfüllung der Aufgaben des Finanzierungsmechanismus anvertraut ist.

(3) Die Konferenz der Vertragsparteien überprüft spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens und danach in regelmäßigen Abständen die Wirksamkeit des nach diesem Artikel eingerichteten Me-

chanismus einschließlich der in Absatz 2 genannten Kriterien und Leitlinien. Auf der Grundlage dieser Überprüfung ergreift die Konferenz der Vertragsparteien erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen, um die Wirksamkeit des Mechanismus zu verbessern.

(4) Die Vertragsparteien prüfen die Möglichkeit der Stärkung bestehender Finanzinstitutionen, damit diese finanzielle Mittel für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt zur Verfügung stellen.

Artikel 22

Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Übereinkünften

(1) Dieses Übereinkommen läßt die Rechte und Pflichten einer Vertragspartei aus bestehenden völkerrechtlichen Übereinkünften unberührt, außer wenn die Wahrnehmung dieser Rechte und Pflichten die biologische Vielfalt ernsthaft schädigen oder bedrohen würde.

(2) Die Vertragsparteien führen dieses Übereinkommen hinsichtlich der Meeresumwelt im Einklang mit den Rechten und Pflichten der Staaten aufgrund des Seerechts durch.

Artikel 23

Konferenz der Vertragsparteien

(1) Hiermit wird eine Konferenz der Vertragsparteien eingesetzt. Die erste Tagung der Konferenz der Vertragsparteien wird vom Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens einberufen. Danach finden ordentliche Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien in regelmäßigen Abständen statt, die von der Konferenz auf ihrer ersten Tagung festgelegt werden.

(2) Außerordentliche Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien finden statt, wenn es die Konferenz für notwendig erachtet oder eine Vertragspartei schriftlich beantragt, sofern dieser Antrag innerhalb von sechs Monaten nach seiner Übermittlung durch das Sekretariat von mindestens einem Drittel der Vertragsparteien unterstützt wird.

(3) Die Konferenz der Vertragsparteien vereinbart und beschließt durch Konsens eine Geschäftsordnung für sich selbst und für jedes gegebenenfalls von ihr einzusetzende Nebenorgan sowie eine Finanzordnung für die Finanzierung des Sekretariats. Auf jeder ordentlichen Tagung verabschiedet sie einen Haushalt für die Finanzperiode bis zur nächsten ordentlichen Tagung.

(4) Die Konferenz der Vertragsparteien prüft laufend die Durchführung dieses Übereinkommens; zu diesem Zweck

a) legt sie die Form und die Zeitabstände für die Übermittlung der nach Artikel 26 vorzulegenden Informationen fest und prüft diese Informationen sowie die von Nebenorganen vorgelegten Berichte;

b) prüft sie die nach Artikel 25 abgegebenen wissenschaftlichen, technischen und technologischen Gutachten über die biologische Vielfalt;

c) prüft sie und beschließt gegebenenfalls Protokolle nach Artikel 28;

d) prüft sie und beschließt gegebenenfalls nach den Artikeln 29 und 30 Änderungen des Übereinkommens und seiner Anlagen;

e) prüft sie Änderungen von Protokollen sowie von Anlagen solcher Protokolle und empfiehlt, wenn sie sich dafür entscheidet, den Vertragsparteien des betreffenden Protokolls, die Änderungen zu beschließen;

f) prüft sie und beschließt gegebenenfalls nach Artikel 30 weitere Anlagen des Übereinkommens;

g) setzt sie die zur Durchführung des Übereinkommens für notwendig erachteten Nebenorgane ein, insbesondere zur Abgabe wissenschaftlicher und technischer Gutachten;

h) nimmt sie über das Sekretariat Verbindung zu den Exekutivorganen von Übereinkünften auf, die sich mit Angelegenheiten im Rahmen des Übereinkommens befassen, um geeignete Formen der Zusammenarbeit mit ihnen festzulegen;

i) prüft und ergreift sie im Licht der bei der Anwendung des Übereinkommens gewonnenen Erfahrungen weitere Maßnahmen, die zur Erreichung seiner Zwecke erforderlich sind.

(5) Die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen und die Internationale Atomenergie-Organisation sowie jeder Staat, der nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, können als Beobachter auf den Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien vertreten sein. Jede andere Stelle, ob staatlich oder nichtstaatlich, die auf Gebieten im Zusammenhang mit der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt fachlich befähigt ist und dem Sekretariat ihren Wunsch mitgeteilt hat, auf einer Tagung der Konferenz der Vertragsparteien als Beobachter vertreten zu sein, kann zugelassen werden, sofern nicht mindestens ein Drittel der anwesenden Vertragsparteien widerspricht. Die Zulassung und Teilnahme von Beobachtern unterliegen der von der Konferenz der Vertragsparteien beschlossenen Geschäftsordnung.

Artikel 24

Sekretariat

(1) Hiermit wird ein Sekretariat eingesetzt. Es hat folgende Aufgaben:

a) es veranstaltet die in Artikel 23 vorgesehenen Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien und stellt die entsprechenden Dienste bereit;

b) es nimmt die ihm aufgrund eines Protokolls übertragenen Aufgaben wahr;

c) es erarbeitet Berichte über die Ausübung seiner Aufgaben im Rahmen dieses Übereinkommens und legt sie der Konferenz der Vertragsparteien vor;

d) es stimmt sich mit anderen einschlägigen internationalen Stellen ab und trifft insbesondere die für die wirksame Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen verwaltungsmäßigen und vertraglichen Vorkehrungen;

e) es nimmt sonstige Aufgaben wahr, die ihm von der Konferenz der Vertragsparteien zugewiesen werden.

(2) Auf ihrer ersten ordentlichen Tagung bestimmt die Konferenz der Vertragsparteien das Sekretariat aus der Reihe der bestehenden maßgeblichen internationalen Organisationen, die ihre Bereitschaft bekundet haben, die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Sekretariatsaufgaben wahrzunehmen.

Artikel 25

Nebenorgan für wissenschaftliche, technische und technologische Beratung

(1) Hiermit wird ein Nebenorgan zur Abgabe wissenschaftlicher, technischer und technologischer Gutachten eingesetzt, das die Konferenz der Vertragsparteien und gegebenenfalls deren andere Nebenorgane zu gegebener Zeit in bezug auf die Durchführung dieses Übereinkommens berät. Dieses Organ steht allen Vertragsparteien zur Teilnahme offen; es ist fachübergreifend. Es umfaßt Regierungsvertreter, die in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsgebiet fachlich befähigt sind. Es berichtet der Konferenz der Vertragsparteien regelmäßig über alle Aspekte seiner Arbeit.

(2) Dieses Organ untersteht der Konferenz der Vertragsparteien und wird im Einklang mit den von dieser festgelegten Leitlinien sowie auf ihr Ersuchen

a) wissenschaftliche und technische Beurteilungen des Zustands der biologischen Vielfalt vorlegen;

b) wissenschaftliche und technische Beurteilungen der Auswirkungen der nach diesem Übereinkommen ergriffenen verschiedenartigen Maßnahmen ausarbeiten;

c) innovative, leistungsfähige und dem Stand der Technik entsprechende Technologien und Know-how im Zusammenhang mit der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt bestimmen und Möglichkeiten zur Förderung der Entwicklung solcher Technologien oder zu ihrer Weitergabe aufzeigen;

d) Gutachten zu wissenschaftlichen Programmen und zur internationalen Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung im Zusammenhang mit der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt abgeben;

e) wissenschaftliche, technische, technologische und methodologische Fragen beantworten, die ihm von der Konferenz der Vertragsparteien und ihren Nebenorganen vorgelegt werden.

(3) Die weiteren Einzelheiten der Aufgaben, des Mandats, der Organisation und der Arbeitsweise dieses Organs können von der Konferenz der Vertragsparteien festgelegt werden.

Artikel 26

Berichte

Jede Vertragspartei legt der Konferenz der Vertragsparteien in Zeitabständen, die von dieser festzulegen sind, einen Bericht über die Maßnahmen, die sie zur Durchführung dieses Übereinkommens ergriffen hat, sowie über die Wirksamkeit dieser Maßnahmen bei der Verwirklichung seiner Ziele vor.

Artikel 27

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Im Fall einer Streitigkeit zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens bemühen sich die betroffenen Parteien um eine Lösung durch Verhandlungen.

(2) Können die betroffenen Parteien eine Einigung durch Verhandlungen nicht erreichen, so können sie gemeinsam die guten Dienste einer dritten Partei in Anspruch nehmen oder um deren Vermittlung ersuchen.

(3) Bei der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung dieses Übereinkommens oder beim Beitritt zum Übereinkommen oder jederzeit danach können ein Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration gegenüber dem Verwahrer schriftlich erklären, daß sie für eine Streitigkeit, die nicht nach Absatz 1 oder 2 gelöst wird, eines der folgenden Mittel der Streitbeilegung oder beide als obligatorisch anerkennen:

a) ein Schiedsverfahren nach dem in Anlage II Teil 1 festgelegten Verfahren;

b) Vorlage der Streitigkeit an den Internationalen Gerichtshof.

(4) Haben die Streitparteien nicht nach Absatz 3 demselben oder einem der Verfahren zugestimmt, so wird die Streitigkeit einem Vergleich nach Anlage II Teil 2 unterworfen, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren.

(5) Dieser Artikel findet auf jedes Protokoll Anwendung, sofern in dem betreffenden Protokoll nichts anderes vorgesehen ist.

Artikel 28

Beschlußfassung über Protokolle

(1) Die Vertragsparteien arbeiten bei der Ausarbeitung von Protokollen zu diesem Übereinkommen und der Beschlußfassung darüber zusammen.

(2) Protokolle werden auf einer Tagung der Konferenz der Vertragsparteien beschlossen.

(3) Der Wortlaut eines vorgeschlagenen Protokolls wird den Vertragsparteien mindestens sechs Monate vor der betreffenden Tagung vom Sekretariat übermittelt.

*Artikel 29***Änderung des Übereinkommens oder von Protokollen**

(1) Änderungen dieses Übereinkommens können von jeder Vertragspartei vorgeschlagen werden. Änderungen eines Protokolls können von jeder Vertragspartei des betreffenden Protokolls vorgeschlagen werden.

(2) Änderungen dieses Übereinkommens werden auf einer Tagung der Konferenz der Vertragsparteien beschlossen. Änderungen eines Protokolls werden auf einer Tagung der Vertragsparteien des betreffenden Protokolls beschlossen. Der Wortlaut einer vorgeschlagenen Änderung des Übereinkommens oder, sofern in einem Protokoll nichts anderes vorgesehen ist, des betreffenden Protokolls wird den Vertragsparteien der betreffenden Übereinkunft mindestens sechs Monate vor der Tagung, auf der die Änderung zur Beschlußfassung vorgeschlagen wird, vom Sekretariat übermittelt. Das Sekretariat übermittelt vorgeschlagene Änderungen auch den Unterzeichnern des Übereinkommens zur Kenntnisnahme.

(3) Die Vertragsparteien bemühen sich nach Kräften um eine Einigung durch Konsens über eine vorgeschlagene Änderung dieses Übereinkommens oder eines Protokolls. Sind alle Bemühungen um einen Konsens erschöpft und wird keine Einigung erzielt, so wird als letztes Mittel die Änderung mit Zweidrittelmehrheit der auf der Sitzung anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien der betreffenden Übereinkunft beschlossen und vom Verwahrer allen Vertragsparteien zur Ratifikation, Annahme oder Genehmigung vorgelegt.

(4) Die Ratifikation, Annahme oder Genehmigung von Änderungen wird dem Verwahrer schriftlich notifiziert. Nach Absatz 3 beschlossene Änderungen treten zwischen den Vertragsparteien, die sie angenommen haben, am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde durch mindestens zwei Drittel der Vertragsparteien dieses Übereinkommens oder der Vertragsparteien des betreffenden Protokolls, sofern in dem Protokoll nichts anderes vorgesehen ist, in Kraft. Danach treten die Änderungen für jede andere Vertragspartei am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem diese Vertragspartei ihre Urkunde über die Ratifikation, Annahme oder Genehmigung der Änderungen hinterlegt hat.

(5) Im Sinne dieses Artikels bedeutet „anwesende und abstimmende Vertragsparteien“ die anwesenden Vertragsparteien, die eine Ja-Stimme oder eine Nein-Stimme abgeben.

*Artikel 30***Beschlußfassung über Anlagen und Änderung von Anlagen**

(1) Die Anlagen dieses Übereinkommens oder eines Protokolls sind Bestandteil des Übereinkommens beziehungsweise des betreffenden Protokolls; sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, stellt eine Be-

zugnahme auf das Übereinkommen oder seine Protokolle gleichzeitig eine Bezugnahme auf die Anlagen dar. Diese Anlagen beschränken sich auf verfahrensmäßige, wissenschaftliche, technische und verwaltungsmäßige Angelegenheiten.

(2) Sofern in einem Protokoll in bezug auf seine Anlagen nichts anderes vorgesehen ist, findet folgendes Verfahren auf den Vorschlag weiterer Anlagen dieses Übereinkommens oder von Anlagen eines Protokolls, die Beschlußfassung darüber und das Inkrafttreten derselben Anwendung:

a) Anlagen des Übereinkommens oder eines Protokolls werden nach dem in Artikel 29 festgelegten Verfahren vorgeschlagen und beschlossen;

b) eine Vertragspartei, die eine weitere Anlage des Übereinkommens oder eine Anlage eines Protokolls, dessen Vertragspartei sie ist, nicht zu genehmigen vermag, notifiziert dies schriftlich dem Verwahrer innerhalb eines Jahres nach dem Zeitpunkt, zu dem dieser mitgeteilt hat, daß die Anlage beschlossen worden ist. Der Verwahrer verständigt unverzüglich alle Vertragsparteien vom Empfang jeder derartigen Notifikation. Eine Vertragspartei kann ihren Einspruch jederzeit zurückziehen; die Anlage tritt daraufhin für diese Vertragspartei vorbehaltlich des Buchstabens c) in Kraft;

c) nach Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkt, zu dem der Verwahrer mitgeteilt hat, daß die Anlage beschlossen worden ist, tritt diese für alle Vertragsparteien des Übereinkommens oder des betreffenden Protokolls, die keine Notifikation nach Buchstabe b) vorgelegt haben, in Kraft.

(3) Der Vorschlag von Änderungen von Anlagen dieses Übereinkommens oder eines Protokolls, die Beschlußfassung darüber und das Inkrafttreten derselben unterliegen demselben Verfahren wie der Vorschlag von Anlagen des Übereinkommens oder von Anlagen eines Protokolls, die Beschlußfassung darüber und das Inkrafttreten derselben.

(4) Bezieht sich eine weitere Anlage oder eine Änderung einer Anlage auf eine Änderung dieses Übereinkommens oder eines Protokolls, so tritt die weitere Anlage oder die geänderte Anlage erst in Kraft, wenn die Änderung des Übereinkommens oder des betreffenden Protokolls selbst in Kraft tritt.

*Artikel 31***Stimmrecht**

(1) Sofern in Absatz 2 nichts anderes vorgesehen ist, hat jede Vertragspartei dieses Übereinkommens oder eines Protokolls eine Stimme.

(2) Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration üben in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit ihr Stimmrecht mit der Anzahl von Stimmen aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens oder des betreffenden Pro-

tokolls sind. Diese Organisationen üben ihr Stimmrecht nicht aus, wenn ihre Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, und umgekehrt.

Artikel 32

Verhältnis zwischen diesem Übereinkommen und seinen Protokollen

(1) Ein Staat oder eine Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration kann nicht Vertragspartei eines Protokolls werden, ohne Vertragspartei dieses Übereinkommens zu sein oder gleichzeitig zu werden.

(2) Beschlüsse aufgrund eines Protokolls werden nur von den Vertragsparteien des betreffenden Protokolls gefaßt. Eine Vertragspartei, die das Protokoll nicht ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat, kann als Beobachter an jeder Sitzung der Vertragsparteien des betreffenden Protokolls teilnehmen.

Artikel 33

Unterzeichnung

Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten und alle Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration vom 5. Juni 1992 bis zum 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro und vom 15. Juni 1992 bis zum 4. Juni 1993 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

Artikel 34

Ratifikation, Annahme oder Genehmigung

(1) Dieses Übereinkommen und jedes Protokoll bedürfen der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Staaten und durch die Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

(2) Jede in Absatz 1 bezeichnete Organisation, die Vertragspartei dieses Übereinkommens oder eines Protokolls wird, ohne daß einer ihrer Mitgliedstaaten Vertragspartei ist, ist durch alle Verpflichtungen aus dem Übereinkommen beziehungsweise dem Protokoll gebunden. Sind ein oder mehrere Mitgliedstaaten einer solchen Organisation Vertragspartei des Übereinkommens oder des betreffenden Protokolls, so entscheiden die Organisation und ihre Mitgliedstaaten über ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Übereinkommen beziehungsweise dem Protokoll. In diesen Fällen sind die Organisation und die Mitgliedstaaten nicht berechtigt, die Rechte aufgrund des Übereinkommens oder des betreffenden Protokolls gleichzeitig auszuüben.

(3) In ihren Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden erklären die in Absatz 1 bezeichneten Organisationen den Umfang ihrer Zuständigkeiten in bezug auf die durch dieses Übereinkommen oder das betreffende Protokoll erfaßten Angelegenheiten. Diese Organisationen teilen dem Verwahrer auch jede maßgebliche Änderung des Umfangs ihrer Zuständigkeiten mit.

Artikel 35

Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen und jedes Protokoll stehen von dem Tag an, an dem sie nicht mehr zur Unterzeichnung aufliegen, Staaten und Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

(2) In ihren Beitrittsurkunden erklären die in Absatz 1 bezeichneten Organisationen den Umfang ihrer Zuständigkeiten in bezug auf die durch dieses Übereinkommen oder das betreffende Protokoll erfaßten Angelegenheiten. Diese Organisationen teilen dem Verwahrer auch jede maßgebliche Änderung des Umfangs ihrer Zuständigkeiten mit.

(3) Artikel 34 Absatz 2 findet auf Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, die diesem Übereinkommen oder einem Protokoll beitreten, Anwendung.

Artikel 36

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der dreißigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Jedes Protokoll tritt am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der in dem betreffenden Protokoll festgelegten Anzahl von Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden in Kraft.

(3) Für jede Vertragspartei, die nach der Hinterlegung der dreißigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde dieses Übereinkommen ratifiziert, annimmt oder genehmigt oder ihm beitrifft, tritt das Übereinkommen am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch die betreffende Vertragspartei in Kraft.

(4) Jedes Protokoll tritt, sofern in dem Protokoll nichts anderes vorgesehen ist, für eine Vertragspartei, die das Protokoll nach dem Inkrafttreten gemäß Absatz 2 ratifiziert, annimmt oder genehmigt oder ihm beitrifft, am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem diese Vertragspartei ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, oder zu dem Zeitpunkt, zu dem dieses Übereinkommen für diese Vertragspartei in Kraft tritt, falls dies der spätere Zeitpunkt ist.

(5) Für die Zwecke der Absätze 1 und 2 zählt eine von einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu den von den Mitgliedstaaten der betreffenden Organisation hinterlegten Urkunden.

*Artikel 37***Vorbehalte**

Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind nicht zulässig.

*Artikel 38***Rücktritt**

(1) Eine Vertragspartei kann jederzeit nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem dieses Übereinkommen für sie in Kraft getreten ist, durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation von dem Übereinkommen zurücktreten.

(2) Der Rücktritt wird nach Ablauf eines Jahres nach dem Eingang der Notifikation beim Verwahrer oder zu einem gegebenenfalls in der Rücktrittsnotifikation genannten späteren Zeitpunkt wirksam.

(3) Eine Vertragspartei, die von dem Übereinkommen zurücktritt, gilt auch als von den Protokollen zurückgetreten, deren Vertragspartei sie ist.

*Artikel 39***Vorläufige finanzielle Regelungen**

Unter Voraussetzung ihrer völligen Umstrukturierung nach den Erfordernissen des Artikels 21 ist die Globale

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Rio de Janeiro am 5. Juni 1992.

*Anlage I***Bestimmung und Überwachung**

1. Ökosysteme und Lebensräume: solche, die über eine große Vielfalt, zahlreiche endemische oder bedrohte Arten oder Wildnis verfügen, die von wandernden Arten benötigt werden, die von sozialer, wirtschaftlicher, kultureller oder wissenschaftlicher Bedeutung sind oder die repräsentativ oder einzigartig sind oder mit entscheidenden evolutionären oder anderen biologischen Vorgängen im Zusammenhang stehen;
2. Arten und Gemeinschaften: solche, die bedroht sind, die wildlebende Verwandte domestizierter oder gezüchteter Arten sind, die von medizinischem, landwirtschaftlichem oder sonstigem wirtschaftlichen Wert sind, die von sozialer, wissenschaftlicher oder kultureller Bedeutung sind, die für die Erforschung der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt, z. B. als Indikatorarten, von Bedeutung sind;
3. beschriebene Genome und Gene von sozialer, wissenschaftlicher oder wirtschaftlicher Bedeutung.

Umweltfazilität des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung vorläufig die Einrichtung nach Artikel 21 für die Zeit vom Inkrafttreten dieses Übereinkommens bis zur ersten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien oder bis die Konferenz der Vertragsparteien eine Einrichtung nach Artikel 21 bestimmt.

*Artikel 40***Vorläufige Regelungen für das Sekretariat**

Das vom Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellende Sekretariat ist für die Zeit vom Inkrafttreten dieses Übereinkommens bis zur ersten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien vorläufig das Sekretariat nach Artikel 24 Absatz 2.

*Artikel 41***Verwahrer**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übernimmt die Aufgaben des Verwahrers dieses Übereinkommens und seiner Protokolle.

*Artikel 42***Verbindliche Wortlaute**

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Anlage II

TEIL 1

Schiedsverfahren

Artikel 1

Die antragstellende Partei notifiziert dem Sekretariat, daß die Parteien die Streitigkeit nach Artikel 27 einem Schiedsverfahren unterwerfen. In der Notifikation sind der Gegenstand des Schiedsverfahrens sowie insbesondere die Artikel des Übereinkommens oder des Protokolls anzugeben, deren Auslegung oder Anwendung strittig ist. Können sich die Parteien nicht über den Streitgegenstand einigen, bevor der Präsident des Schiedsgerichts bestellt ist, so legt das Schiedsgericht den Gegenstand fest. Das Sekretariat leitet diese Information an alle Vertragsparteien des Übereinkommens oder des betreffenden Protokolls weiter.

Artikel 2

(1) In Streitigkeiten zwischen zwei Parteien besteht das Schiedsgericht aus drei Mitgliedern. Jede der Streitparteien bestellt einen Schiedsrichter, und die beiden so bestellten Schiedsrichter ernennen einvernehmlich den dritten Schiedsrichter, der Präsident des Schiedsgerichts wird. Dieser darf nicht Staatsangehöriger einer der Streitparteien sein, nicht seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer dieser Parteien haben, nicht im Dienst einer von ihnen stehen und sich in keiner anderen Eigenschaft mit der Streitigkeit befaßt haben.

(2) In Streitigkeiten zwischen mehr als zwei Parteien bestellen die Parteien mit demselben Interesse einvernehmlich einen Schiedsrichter.

(3) Freigewordene Sitze werden in der für die erste Bestellung vorgeschriebenen Weise besetzt.

Artikel 3

(1) Ist der Präsident des Schiedsgerichts innerhalb von zwei Monaten nach der Bestellung des zweiten Schiedsrichters nicht ernannt, so ernennt ihn der Generalsekretär der Vereinten Nationen auf Ersuchen einer der Parteien innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten.

(2) Hat eine der Streitparteien innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags einen Schiedsrichter nicht bestellt, so kann die andere Partei den Generalsekretär davon in Kenntnis setzen, der die Ernennung innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten vornimmt.

Artikel 4

Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidungen in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen, den betreffenden Protokollen sowie dem Völkerrecht.

Artikel 5

Sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbaren, gibt sich das Schiedsgericht eine Verfahrensordnung.

Artikel 6

Das Schiedsgericht kann auf Ersuchen einer der Parteien unerläßliche einstweilige Schutzmaßnahmen empfehlen.

Artikel 7

Die Streitparteien erleichtern die Arbeit des Schiedsgerichts und werden insbesondere mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln

- a) ihm alle sachdienlichen Schriftstücke vorlegen, Erleichterungen einräumen und Auskünfte erteilen und
- b) ihm die Möglichkeit geben, soweit nötig Zeugen oder Sachverständige zu laden und ihre Aussagen einzuholen.

Artikel 8

Die Parteien und die Schiedsrichter sind verpflichtet, die Vertraulichkeit aller ihnen während der Verhandlungen des Schiedsgerichts vertraulich erteilten Auskünfte zu wahren.

Artikel 9

Sofern das Schiedsgericht nicht wegen der besonderen Umstände des Einzelfalls etwas anderes beschließt, werden die Kosten des Gerichts von den Streitparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht führt über alle seine Kosten Buch und legt den Parteien eine Schlußabrechnung vor.

Artikel 10

Jede Vertragspartei, die an dem Streitgegenstand ein rechtliches Interesse hat, das durch die Entscheidung des Falles berührt werden könnte, kann mit Zustimmung des Gerichts dem Verfahren beitreten.

Artikel 11

Das Gericht kann über Widerklagen, die mit dem Streitgegenstand unmittelbar im Zusammenhang stehen, verhandeln und entscheiden.

Artikel 12

Das Schiedsgericht entscheidet sowohl in verfahrensrechtlichen als auch in materiellen Fragen mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

Artikel 13

Erscheint eine der Streitparteien nicht vor dem Schiedsgericht oder unterläßt sie es, sich zur Sache zu äußern, so kann die andere Partei das Gericht ersuchen, das Verfahren fortzuführen und seinen Schiedsspruch zu fällen. Abwesenheit oder Versäumnis einer Partei, sich zur Sache zu äußern, stellt kein Hindernis für das Verfahren dar. Bevor das Schiedsgericht seine endgültige Entscheidung fällt, muß es sich vergewissern, daß das Begehren in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht begründet ist.

Artikel 14

Das Schiedsgericht fällt seine endgültige Entscheidung innerhalb von fünf Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem es vollständig gebildet wurde; hält es jedoch eine Verlängerung dieser Frist für

notwendig, so darf diese weitere fünf Monate nicht überschreiten.

Artikel 15

Die endgültige Entscheidung des Schiedsgerichts hat sich auf den Streitgegenstand zu beschränken und ist zu begründen. Sie enthält die Namen der Mitglieder, die teilgenommen haben sowie das Datum der endgültigen Entscheidung. Jedes Mitglied des Gerichts kann der endgültigen Entscheidung eine Darlegung seiner persönlichen oder abweichenden Meinung beifügen.

Artikel 16

Der Schiedsspruch ist für die Streitparteien bindend. Er unterliegt keinem Rechtsmittel, sofern nicht die Streitparteien vorher ein Rechtsmittelverfahren vereinbart haben.

Artikel 17

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Streitparteien über die Auslegung oder Durchführung der endgültigen Entscheidung können von jeder Partei dem Schiedsgericht, das die Entscheidung gefällt hat, zur Entscheidung vorgelegt werden.

TEIL 2

Vergleich

Artikel 1

Auf Antrag einer der Streitparteien wird eine Vergleichskommission gebildet. Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, besteht die Kommission aus fünf Mitgliedern, zwei von jeder beteiligten Partei bestellten Mitgliedern und einem von diesen Mitgliedern einvernehmlich gewählten Präsidenten.

Artikel 2

Bei Streitigkeiten zwischen mehr als zwei Parteien bestellen die Parteien mit demselben Interesse ihre Mitglieder für die Kommission einvernehmlich. Sind zwei oder mehr Parteien mit unterschiedlichen Interessen vorhanden oder besteht Unstimmigkeit darüber, ob sie dasselbe Interesse haben, so bestellen sie ihre Mitglieder getrennt.

Artikel 3

Sind innerhalb von zwei Monaten nach dem Antrag auf Bildung einer Vergleichskommission nicht alle Mitglieder der Kommission von den Parteien bestellt worden, so nimmt der Generalsekretär der Vereinten Nationen auf Ersuchen der Partei, die den

Antrag gestellt hat, diese Bestellungen innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten vor.

Artikel 4

Ist der Präsident der Vergleichskommission innerhalb von zwei Monaten nach Bestellung des letzten Mitglieds der Kommission nicht ernannt worden, so ernennt der Generalsekretär der Vereinten Nationen auf Ersuchen einer Partei innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten den Präsidenten.

Artikel 5

Die Vergleichskommission entscheidet mit der Mehrheit ihrer Mitglieder. Sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbaren, bestimmt die Kommission ihr Verfahren. Sie legt einen Lösungsvorschlag zu der Streitigkeit vor, den die Parteien nach Treu und Glauben prüfen.

Artikel 6

Bei Uneinigkeit darüber, ob die Vergleichskommission zuständig ist, entscheidet die Kommission.

ANHANG II

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT GEMÄSS DEN BESTIMMUNGEN VON ARTIKEL 34 ABSATZ 3 DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER DIE BIOLOGISCHE VIELFALT

Nach den einschlägigen Bestimmungen des EWG-Vertrags in der Fassung der Einheitlichen Europäischen Akte [und des Vertrages über die Europäische Union] ist die Gemeinschaft dafür zuständig, Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt zu treffen und internationalen Übereinkommen beizutreten. Diese Zuständigkeit gilt ausschließlich für das Gebiet des Handels. Auf den hiernach angeführten, von der gemeinschaftlichen Gesetzgebung abgedeckten Gebieten, ist die gemeinschaftliche Kompetenz ausschließlich oder mit den Mitgliedstaaten geteilt.

In Zukunft kann die Gemeinschaft durch den Erlaß von Einzelvorschriften über die biologische Vielfalt weitere Aufgaben übernehmen.

Liste der Rechtsvorschriften und Maßnahmen der Gemeinschaft

A. Umwelt

Naturschutz

1. Beschluß 82/72/EWG des Rates vom 3. Dezember 1981 über den Abschluß des Übereinkommens zur Erhaltung der europäischen freilebenden Tiere und wildwachsenden Pflanzen und ihrer natürlichen Lebensräume (ABl. Nr. L 38 vom 10. 2. 1982)

2. Beschluß 82/461/EWG des Rates vom 24. Juni 1982 über den Abschluß des Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten (ABl. Nr. L 210 vom 19. 7. 1982)
3. Richtlinie 83/129/EWG des Rates vom 28. März 1983 betreffend die Einfuhr in die Mitgliedstaaten von Fellen bestimmter Jungrobber und Waren daraus (ABl. Nr. L 91 vom 9. 4. 1983)
4. Verordnung (EWG) Nr. 3626/82 des Rates vom 3. Dezember 1982 zur Anwendung des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 384 vom 31. 12. 1982), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1831/85 (ABl. Nr. L 173 vom 3. 7. 1985)
5. Verordnung (EWG) Nr. 2496/89 der Kommission vom 2. August 1989 zum Verbot der Einfuhren von rohem und bearbeitetem Elfenbein des afrikanischen Elefanten in die Gemeinschaft (ABl. Nr. L 240 vom 17. 8. 1989)
6. Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (ABl. Nr. L 103 vom 25. 4. 1979), geändert durch die Richtlinie 91/224/EWG der Kommission (ABl. Nr. L 115 vom 8. 5. 1991)
7. Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. Nr. L 206 vom 22. 7. 1992)

Umweltverträglichkeitsprüfung

8. Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. Nr. L 175 vom 5. 7. 1985)

Wälder

9. Verordnung (EWG) Nr. 3528/86 des Rates vom 17. November 1986 über den Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen Luftverschmutzung (ABl. Nr. L 326 vom 21. 11. 1986) in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2157/92 des Rates vom 23. Juli 1992 (ABl. Nr. L 217 vom 31. 7. 1992)
10. Verordnung (EWG) Nr. 2158/92 des Rates vom 23. Juli 1992 zum Schutze des Waldes in der Gemeinschaft gegen Brände (ABl. Nr. L 217 vom 31. 7. 1992)
11. Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 des Rates vom 30. Juni 1992 für umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren (ABl. Nr. L 215 vom 30. 7. 1992)

Meeresschätze

12. Richtlinie 78/659/EWG des Rates vom 18. Juli 1978 über die Qualität von Süßwasser, das schutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (ABl. Nr. L 222 vom 14. 8. 1978)
13. Verordnung (EWG) Nr. 348/81 des Rates vom 20. Januar 1981 über eine gemeinsame Regelung für die Einfuhr von Walerzeugnissen (ABl. Nr. 39 vom 12. 2. 1981)
14. Beschluß 81/691/EWG des Rates vom 4. September 1981 über den Abschluß des Übereinkommens über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (ABl. Nr. L 252 vom 5. 9. 1981)
15. Verordnung (EWG) Nr. 170/83 des Rates vom 25. Januar 1983 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Regelung für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiresourcen (ABl. Nr. L 24 vom 27. 1. 1983)

B. Biosicherheit

16. Richtlinie 90/219/EWG des Rates vom 23. April 1990 über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen (ABl. Nr. L 117 vom 8. 5. 1990)
17. Richtlinie 90/220/EWG des Rates vom 23. April 1990 über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt (ABl. Nr. L 117 vom 8. 5. 1990)

C. Gewerbliche Schutzrechte

18. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen (KOM(88) 496 endg. — SYN 159) (ABl. Nr. C 10 vom 13. 1. 1989) (1)
19. Vorschlag für eine Verordnung des Rates über den gemeinschaftlichen Sortenschutz (KOM(90) 347 endg.) (ABl. Nr. C 244 vom 28. 9. 1990) (1)

(1) Einzubeziehen gemäß der Annahme der Akte durch den Rat.

D. Finanzierungsverfahren

20. Verordnung (EWG) Nr. 1973/92 des Rates vom 21. Mai 1992 zur Schaffung eines Finanzierungsinstrumentes für die Umwelt (LIFE) (ABl. Nr. L 206 vom 22. 7. 1992)
21. Empfehlung für einen Beschluß des Rates über die Teilnahme der EG an der Global Environment Facility (GEF) (SEK(92) 694 vom 5. Mai 1992)
22. Verordnung (EWG) Nr. 443/92 des Rates vom 25. Februar 1992 über die finanzielle und technische Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer Asiens und Lateinamerikas sowie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern (ABl. Nr. L 52 vom 27. 2. 1992)
23. Verordnung (EWG) Nr. 1762/92 des Rates vom 29. Juni 1992 zur Durchführung der zwischen der Gemeinschaft und den Drittländern des Mittelmeerraums geschlossenen Protokolle über finanzielle und technische Zusammenarbeit (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992)
24. Verordnung (EWG) Nr. 1763/92 des Rates vom 29. Juni 1992 über die finanzielle Zusammenarbeit mit allen Drittländern im Mittelmeerraum (ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992)
25. Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des Vierten AKP—EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991)

E. Information, Beobachtung und Forschung

26. Verordnung (EWG) Nr. 1615/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Einführung eines Europäischen Informations- und Kommunikationssystems für die Forstwirtschaft (EFICS) (ABl. Nr. L 165 vom 15. 6. 1989)
27. Verordnung (EWG) Nr. 1210/90 des Rates vom 7. Mai 1990 zur Errichtung einer Europäischen Umweltagentur und eines Europäischen Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetzes (ABl. Nr. L 120 vom 11. 5. 1990)

F. Entwicklungszusammenarbeit

28. Beschluß 91/400/EGKS, EWG des Rates und der Kommission vom 25. Februar 1991 über den Abschluß des Vierten AKP—EWG-Abkommens (ABl. Nr. L 229 vom 17. 8. 1991)
29. Entscheidung 91/366/EWG des Rates vom 7. Juni 1991 über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung der Biowissenschaften und -technologien für die Entwicklungsländer (1990—1994) (ABl. Nr. L 196 vom 19. 7. 1991)

ANHANG III**ENTWURF EINER INTERPRETIERENDEN ERKLÄRUNG**

(bei der Ratifikation des Übereinkommens über die biologische Vielfalt)

Die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten bekräftigen die Bedeutung, die sie dem Technologietransfer und der Biotechnologie beimessen, um die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt sicherzustellen.

Für die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten ist der Technologietransfer und der Zugang zur Biotechnologie im Sinne des Übereinkommens über die biologische Vielfalt nur unter Einhaltung der Grundsätze und Regeln für den gewerblichen Rechtsschutz, insbesondere der von den Vertragsparteien dieses Übereinkommens unterzeichneten oder ausgehandelten multilateralen und bilateralen Vereinbarungen, möglich.

Die Beachtung der gewerblichen Schutzrechte ist eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung von Maßnahmen zum Technologietransfer und zu Koinvestitionen. Ohne Beeinträchtigung jeder ihrer Kompetenzen auf dem Gebiet des Rechts des geistigen Eigentums fördern die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten die Inanspruchnahme finanzieller Regelungen, die im Rahmen des Übereinkommens geschaffen werden, um den Transfer von gewerblichen Schutzrechten europäischer Unternehmen, insbesondere die Gewährung von Lizenzen, zu erleichtern, und sorgen für einen angemessenen und wirksamen gewerblichen Rechtsschutz.

III

(Bekanntmachungen)

KOMMISSION

Aktionsplan zur Einführung fortgeschrittener Fernsehdienste in Europa

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen

Verfahrensweise für Anträge auf finanzielle Unterstützung der Fernsehdienste und der Programmproduktion

(93/C 237/06)

Einführung

Diese Bekanntmachung umfaßt zwei getrennte jedoch miteinander verbundene Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen, die sich an die Rundfunkveranstalter bzw. an die Produzenten audiovisueller Programme richten.

Sie stützt sich auf den Beschluß des Rates über einen Aktionsplan zur Einführung fortgeschrittener Fernsehdienste in Europa, der vom Ministerrat am 22. 7. 1993 angenommen wurde. Es enthält sowohl die Ausschreibungen für die Einreichung von Vorschlägen entsprechend den Vorgaben im Rechtsakt des Rates als auch die Anleitung zum Ausfüllen der Formblätter für die Vorschläge. Insbesondere werden die Verfahren zur Einreichung der beiden Arten von Vorschlägen erläutert:

- Gemeinschaftsunterstützung für einen oder mehrere Breitbildfernsehdienste,
- Gemeinschaftsunterstützung für die Herstellung von Breitbildprogramm und die Umformatierung.

Unter den Aktionsplan fallen sowohl die Fernsehdienste als auch die Programmproduktionen und -umformatierung. Die beiden Arten von Vorschlägen werden jedoch getrennt nach unterschiedlichen Bestimmungen des Aktionsplans bewertet. Rundfunkveranstalter, die sowohl eine Gemeinschaftsunterstützung für Fernsehdienste als auch eine Unterstützung für die Programmproduktion und -umformatierung beantragen möchten, müssen jeweils getrennte Vorschläge in Beantwortung der beiden Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen einreichen.

Teil 1 - Finanzierung der Fernsehdienste

Die für diese erste Aufforderung (Fernsehdienste) zur Verfügung stehende Gemeinschaftsmittel werden die Finanzierung von rund 10 000 Sendestunden ermöglichen, die während der vierjährigen Laufzeit des Plans bis zum 30. 6. 1997 auszustrahlen sind. Die Gemeinschaft wird höchstens 50 % der in Tabelle I enthaltenen Stundensätze finanzieren.

Tabelle (*)**Ausstrahlungskosten**

50 Stunden, die ersten: Pauschalsatz (6 000 ECU je Stunde)

Nach den ersten 50 Stunden: Pauschalsatz (2 500 ECU je Stunde)

Zuständige Dienststelle der Kommission für die Verwaltung der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Ausstrahlung von Fernsehdiensten ist die Generaldirektion XIII - Telekommunikation, Informationsmarkt und Nutzung der Forschungsergebnisse. Von Beamten der GD XIII, Referat A 4, wird am 13. 9. 1993 im Gebäude „Centre Albert Borschette“ in der Rue Froissart Nr. 36 in B-1040 Brüssel von 9.00 bis 13.00 Uhr ein Tag der Offenen Tür veranstaltet. Beantwortet werden allein Anfragen zu den Problemen der Ausstrahlung. Fragen der Finanzierung der Produktion und der Umformatierung von Programmen werden in Vorträgen auf einer getrennten Sitzung am Nachmittag desselben Tages behandelt.

Rundfunkveranstalter, die am Tag der Offenen Tür teilnehmen wollen, teilen bitte per Telefax die Namen ihrer Vertreter an folgende Anschrift mit:

- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, z.Hd. Herrn Eamonn Lalor, Referatsleiter, GD XIII/A 4, Telefax (322) 296 90 09.

Auswahlkriterien für die Finanzierung der Ausstrahlung von Fernsehdiensten

In dem Ratsbeschluß über den Aktionsplan ist festgelegt, daß die Projekte folgenden Kriterien genügen müssen:

(*) Gemäß der vorliegenden Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen werden sich die tatsächlich zu zahlenden Beträge auf 50 % der angegebenen Sätze belaufen. Für nach dem 1. 1. 1995 veröffentlichte Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen wird die Möglichkeit einer Gemeinschaftsfinanzierung in Höhe von 80 % für in der Spätphase anlaufende Märkte bestehen.

- i) Bevor eine Förderung aus Gemeinschaftsmitteln in Anspruch genommen werden kann, muß für ein vor dem 1. 1. 1995 eingereichtes Projekt eine verbindliche Mittelzusage aus anderen Quellen in Höhe von 50 % der in den Geltungsbereich des Aktionsplans fallenden Kosten vorliegen. Mindestens 50 % der nicht von der Gemeinschaft übernommenen Finanzierung müssen von den Marktteilnehmern aufgebracht werden. Daher müssen mindestens 25 % der Mehrkosten für die Ausstrahlung im Breitbildformat aus privaten Quellen finanziert werden. Sind diese Bedingungen erfüllt, so können die verbleibenden Kosten des Projekts aus Gemeinschaftsmitteln finanziert werden;

für Projekte, die nach dem 1. 1. 1995 in Märkten anlaufen, die in der Frühphase der Umsetzung des Plans nicht die volle Unterstützung erhielten, können die Gemeinschaftszuschüsse bis zu 80 % betragen, sofern zuvor Mittelzusagen in Höhe von 20 % aus anderen Quellen vorliegen.

- ii) Das Projekt muß von einem anerkannten Diensteanbieter eingereicht werden, der über praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der Fernsehdienste und über die für die neue Unternehmung erforderliche Finanzkraft verfügt, bzw. von einer Gruppe von Organisationen, an deren Spitze ein solcher Diensteanbieter steht.
- iii) Über den vorgeschlagenen Dienst müssen mindestens 50 Stunden pro Jahr im Bildformat 16/9 mit 625 oder 1 250 Zeilen Bildabtastung ausgestrahlt werden;
- iv) Das Projekt muß auf qualitativ hochwertigen Übertragungssystemen im Bildformat 16/9 beruhen; hierzu zählen unter anderem MAC/HDMAC, Weiterentwicklungen bestehender europäischer Fernsehnormen wie PAL PLUS und volldigitale Techniken in einer von den zuständigen europäischen Normungsgremien genormten Form;
- v) Das Projekt muß einen Fernsehdienst vorschlagen, der auf einen genügend großen Markt ausgerichtet ist, so daß ein Beitrag zum Ausbau des umfassenderen Marktes für fortgeschrittene Fernsehdienste leistet;
- vi) Das Projekt muß die gemeinschaftlichen Wettbewerbsregeln einhalten.

Darüber hinaus wäre es von Vorteil, wenn auch nicht ausschlaggebend, wenn folgende Kriterien erfüllt wären:

- vii) Mit dem Projekt wird ein grenzübergreifender und/oder mehrsprachiger Dienst vorgeschlagen;
- viii) Es lassen sich leicht möglichst hohe Einschaltquoten erzielen.

Auswahlverfahren für die Finanzierung der Ausstrahlung von Fernsehdiensten

Die Kommission wird für die Auswahl der für eine Gemeinschaftsfinanzierung in Frage kommenden Projekte zuständig sein; sie wird mehrere Projekte im Paket zur

Annahme vorschlagen und wird dabei von einem Ausschuß aus Vertretern der Mitgliedstaaten unterstützt. Der Ausschuß wurde durch den Ratsbeschluß eingesetzt und soll die Kommission bei der Durchführung des Aktionsplans unterstützen.

Hinsichtlich der Bewertung der Projekte hat die Kommission erklärt, daß sie diejenigen Projekte vorrangig behandeln wird, mit denen sich am leichtesten hohe Einschaltquoten erzielen lassen.

Im Ratsbeschluß wird zudem festgelegt, daß solche Projekte vorrangig zu fördern sind, bei denen die verbleibenden Finanzmittel von den Marktteilnehmern aufgebracht werden.

Ferner wird die Kommission drei weitere Kriterien berücksichtigen, die von dem im Rahmen dieses Aktionsplans unterstützten Projektpaket erfüllt werden müssen. Diese Kriterien beziehen sich auf die Streuung und Ausgewogenheit des Pakets. Das Projektpaket muß:

- i) gerecht auf die verschiedenen Einrichtungen verteilt sein, damit eine unangemessene Konzentrierung oder Bildung von Monopolen bzw. Kartellen verhindert wird;
- ii) eine breite Streuung über die Märkte der Mitgliedstaaten aufweisen, damit die Gemeinschaftsdimension gewährleistet ist, wobei der besonderen Lage der Mitgliedstaaten mit niedriger Produktionskapazität Rechnung zu tragen ist;
- iii) in angemessener Weise Programmproduzenten beteiligen, die von den an den Projekten beteiligten Rundfunkveranstaltern unabhängig sind.

Die Absätze (i) und (ii) lassen sich nicht strikt auf einzelne Projekte anwenden. Die Vorschläge sollten jedoch Angaben darüber enthalten, welcher Anteil am Gesamtprogramm während der Laufzeit des Plans von unabhängigen Produzenten beschafft werden soll, so daß die Kommission dies berücksichtigen kann.

Die Rundfunkveranstalter werden hiermit außerdem ausdrücklich aufgefordert, den in Frage kommenden Vereinigungen unabhängiger Produzenten schnellstmöglich ihre Entscheidung mitzuteilen, auf die vorliegende Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Dienste im Breitbildformat zu antworten. Damit tragen sie zur effizienten Durchführung der zweiten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen (Programmproduktion und -umformatierung) bei, denn sie ermöglichen den unabhängigen Produzenten, die Veranstalter zu ermitteln, die Dienste im Breitbildformat anbieten wollen.

Zeitplan und Mitteilung der Ergebnisse

Veröffentlichung dieser Ausschreibung: 1. 9. 1993.

Tag der Offenen Tür für Anfragen der Rundfunkveranstalter: 13. 9. 1993.

Termin für die Angebote von Fernsehdiensten: 1. 10. 1993.

Ergebnisse der Bewertung der Angebote von Diensten durch Rundfunkveranstalter: 15. 10. 1993.

Beginn der Verhandlungen mit den in die nähere Wahl gezogenen Bewerbern: 15. 10. 1993.

Abschluß der Verträge: 15. 12. 1993.

Alle Absender von Vorschlägen werden schriftlich über die Ergebnisse der Bewertung unterrichtet. Die Dienste sollten grundsätzlich innerhalb von sechs Monaten nach Vertragsabschluß, jedoch spätestens bis 30. 6. 1994 anlaufen.

Auszahlung der Zuschüsse

Die Mittel werden wie folgt an die Absender von Vorschlägen ausgezahlt, die den Zuschlag erhalten haben:

- 25 % der Gemeinschaftsunterstützung für das erste Jahr bei Vertragsabschluß als Abschlagszahlung;
- weitere Zahlungen erfolgen, nachdem die Programme ausgestrahlt wurden; Rechnungen können vierteljährlich eingereicht werden.

Die Kommission kann ein Projekt vier Jahre lang oder über einen kürzeren Zeitraum unterstützen.

Für Rundfunkveranstalter, die bereits Dienste im Format 16/9 ausstrahlen, können Zuschüsse ab dem Tag beantragen, an dem ihr(e) Vorschlag(Vorschläge) bei der Kommission eingegangen sind.

Die Kommission behält sich das Recht vor, diese Bedingungen in den kommenden Jahren zu ändern.

Verträge und Vertragserfüllung

Die ausgewählten Absender von Vorschlägen schließen mit der Kommission einen Vertrag über die von ihnen angebotene Programmstundenzahl in Übereinstimmung mit den Bedingungen ihres Vorschlags ab.

Die Rundfunkveranstalter müssen in ihren veröffentlichten Sendeprogrammen klar und deutlich die im Breitbildformat 16/9 ausgestrahlten Programme ausweisen. Bei Streitigkeiten über die Anzahl der gesendeten Stunden wird die Kommission Kopien dieser Programme anfordern.

Verfahren zur Einreichung von Vorschlägen für die Finanzierung von Fernsehdiensten.

Allgemeines

Vertraulichkeit

Die Kommission wird alle Vorschläge als kommerzielle Angebote streng vertraulich behandeln.

Sprachen

Die Vorschläge können in jeder Amtssprache der Gemeinschaft eingereicht.

Mehrfachdienste

Wird mehr als ein Dienst vorgeschlagen, so ist jeder Vorschlag getrennt einzureichen. Absender von Vorschlägen müssen für den zweiten und alle folgenden Dienste keine Kopien für die Antworten auf die Punkte (ii), (iv) und (ix) einsenden.

Aufmachung und Zustellung

Es ist sicherzustellen, daß jeder Abschnitt jedes Vorschlags eindeutig ausgewiesen ist.

Die Vorschläge sind in sechsfacher Ausfertigung gebunden an folgende Anschrift zu richten:

- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, z. Hd. Herrn Pierre Picard, GD XIII/A, rue de la Loi 200, BU 9 06/204, B-1049 Brüssel.

Termin: Die Vorschläge sind bis zum 1. 10. 1993 einzu- senden (es gilt das Datum des Poststempels).

Inhalt der Vorschläge

Nachstehend sind die Angaben aufgelistet, die die Kommission zur Bewertung der Vorschläge hinsichtlich ihrer Zuschußfähigkeit sowie zur Auswahl der Projekte benötigt. Die Liste enthält nur die mindestens zu übermittelnden Angaben. Absender von Vorschlägen können neben den geforderten Angaben weitere Informationen übermitteln.

Deckblatt

Für jeden Vorschlag ist ein Deckblatt mit folgenden Angaben vorzusehen:

Organisation, Kontaktperson, Anschrift, Telefonnummer und Fernkopierer, kurze Zusammenfassung des vorgeschlagenen Dienstes mit Ausnahme finanzieller und technischer Angaben.

i) Finanzierung

- Vertrag bzw. Garantie des Absenders des Vorschlags und/oder sonstiger näher bezeichneter Marktteilnehmer über die Zahlung eines Anteils von mindestens 50 % an den Mitteln, die in den nächsten vier Jahren nicht bei der EG beantragt werden.
- Gegebenenfalls Vertrag bzw. Garantie über die einzelstaatlichen Zuschüsse in den nächsten vier Jahren.
- Erklärung über die Gesamtkosten des Projekts für die Realisierung des Dienstes (der Dienste) mit Aufschlüsselung der Kapital- und laufenden Kosten einschließlich der Kosten für die Ausstrahlung und die Umrüstung von Studios in den nächsten vier Jahren; die Angaben zum Breitbildformat sind deutlich auszuweisen, zudem gegebenenfalls die Marketingkosten;

ii) Anerkannte Diensteanbieter

- Erklärung über die Erfahrungen mit der Realisierung von Diensten bis zum Zeitpunkt der Einreichung des Vorschlags, Anzahl der jährlich gesendeten Stunden, Einschaltquoten, seit wann werden Dienste angeboten, usw.
- Jüngster Jahresbericht mit Geschäftsbilanzen.

iii) Stundenzahl

- Anzahl der im Format 16/9 vorgeschlagenen Stunden und für die nächsten Jahre geplante Entwicklung; Datum für den Beginn des Dienstes. Darunter fallen nicht Werbespots, Programmhinweise sowie Eigenwerbung über den Sender.

iv) Übertragungssystem

- Bezeichnung des vorgesehenen Übertragungssystems im Format 16/9 sowie des Trägers (terrestrisch, Kabel, Satellit).
- umfassende Beschreibung der Studioausrüstung zum Nachweis, daß eine hohe Ton- und Bildqualität erreicht wird.

v) Marktgröße

- Geographische(r) und/oder sprachliche(r) Märkte(Markt), die(der) anvisiert werden(wird)
- Entwicklung der Anteile und der Marktdurchdringung mit Richtwerten für die angestrebten Ziele.

vi) Grenzübergreifender und mehrsprachiger Dienst

- Geben Sie hier gegebenenfalls über die Beschreibung unter (v) oben hinausgehende Erläuterungen, wie sich die Anteile und die Durchdringung in einer zweiten und möglicherweise in weiteren Sprachen entwickeln werden; anzugeben ist auch, ob synchronisiert oder unvertitelt wird.

vii) Hohe Einschaltquoten

- detaillierte Beschreibung des vorgeschlagenen Dienstes: Ist der Dienst allgemein der thematisch orientiert (z.B. Sport, Spielfilme)?
- Beschreibung der Programmarten, die in 16/9 ausgestrahlt werden sollen, sowie der Programmgestaltung einschließlich des Prozentsatzes der Wiederholungssendungen und der bis Juni 1997 geplanten Entwicklung; dazu Musterprogramme, mindestens Programmauszüge für je eine Woche aus den Jahren 1 bis 4, besonders zu beachten ist das Zuschauerpotential der Programme und die voraussichtliche Einschaltquoten.
- Beschreibung, wie der Dienst vermarktet werden soll, insbesondere durch Eigenwerbung über den Sender, Pressewerbung, Öffentlichkeitsarbeit, Beziehungen zu den Herstellern.

viii) Unabhängige Produzenten

- Angabe des Prozentsatzes an Programmstunden im Format 16/9, die von Produzenten beschafft werden sollen, die vom Rundfunkveranstalter unabhängig sind; Angabe des Prozentsatzes an unabhängigen Produktionen, mit denen der(die) bestehende(n) Dienst(e) im Format 4/3 versorgt wird(werden).
- Bestätigung darüber, daß die Absicht, einen Vorschlag für einen Dienst einzureichen, der(n) Vereinigung(en) unabhängiger Produzenten in den(m) Zielmärkten(markt) mitgeteilt wurde.

ix) Vertragserfüllung

- Für den Fall einer Finanzierung des Vorschlags durch die Gemeinschaft ist anzugeben, wie der Rundfunkveranstalter die Zahl der ausgestrahlten Stunden belegen will.

Teil 2 - Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Produktion und Umformatierung von Programmen

Zuständige Dienststelle der Kommission für die Verwaltung der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Programmproduktion und -umformatierung - die Generaldirektion X - Audiovisuelle Medien, Information, Kommunikation, Kultur. Von Beamten des Referates A 1 der GD X wird am 13. 9. 1993 im Gebäude „Centre Albert Borschette“ in der Rue Froissart 36 in B-1040 Brüssel von 14.00 bis 18.00 Uhr ein „Tag der Offenen Tür“ veranstaltet. Beantwortet werden ausschließlich Anfragen zu den Problemen der Programmproduktion und -umformatierung. Die Veranstaltung richtet sich an alle unabhängigen Produzenten und an die Rundfunkveranstalter in ihrer Eigenschaft als Produzenten. Die unabhängigen Produzenten werden gebeten, ihre Fragen über ihre Berufsvereinigungen einzureichen, die an ihrer Statt teilnehmen und die Ergebnisse der Sitzung verbreiten sollten, damit die Zahl der Sitzungsteilnehmer in einem vernünftigen Rahmen bleibt.

Die Programmproduzenten und sonstige Interessierte, die eigene Vertreter entsenden wollen, teilen bitte per Telefax die Namen ihrer Vertreter an folgende Anschrift mit:

- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, z.Hd. Herrn Gregory Paulger, Referatsleiter GD X/A/1, Telefax (322) 299 92 01.

Für die Finanzierung der Programmproduktion und der Umformatierung im Rahmen dieses Aktionsplans gelten folgende allgemeine Grundsätze:

1. Die Finanzierung der Produktion und der Umformatierung von Programmen im Rahmen dieses Teils des Aktionsplans wird für jedes Programm einzeln gewährt, d.h. für einzelne Programme, Serien oder Sondersendungen. Sowohl Rundfunkveranstalter in ihrer Eigenschaft als Programmhersteller als auch unabhängige Produzenten können Zuschüsse beantragen.

2. Je nach Programmart ist die Finanzierung der Programmproduktionskosten unterschiedlich. Es wird ein Pauschalsatz je Stunde gezahlt, wobei davon auszugehen ist, daß die tatsächliche Gemeinschaftsbeteiligung 50 % der nachstehenden Beträge erreichen wird (siehe auch Ziffer 2 der Auswahlkriterien).

Tabelle (**)

Programmproduktionskosten

Programmart - Pauschalsatz (ECU je Stunde)

Herstellung neuer Originalprogramme aus bestehenden Programmen für die Ausstrahlung im Bildformat 16/9 mit 625 Zeilen - 3 000

Herstellung neuer Originalprogramme aus bestehenden Programmen für die Ausstrahlung im Bildformat 16/9 mit 1250 Zeilen - 5 000

Produktion Super 16 mm - und 16/9 Videoproduktion - 12 000

Produktion 35 mm- und HD (1 250 Zeilen)-Videoproduktion - 25 000

Diese Sätze gelten für die vorliegenden Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen. Sie können für nachfolgende Aufforderungen geändert werden.

Auswahlkriterien für die Finanzierung der Programmproduktion und der Umformatierung

1. Produzenten neuer Programme (a) und Inhaber von Rechten an bestehenden Programmen (b), die bereits im Bildformat 16/9 ausgestrahlt werden können, wofür aber ein neues Original in einem anderen Format herzustellen ist, kommen für eine Gemeinschaftshilfe nur dann in Betracht, wenn sie eine Übereinkunft mit wenigstens einem der in der Gemeinschaft niedergelassenen Rundfunkveranstalter darüber getroffen haben, daß das Programm im Bildformat 16/9 innerhalb eines 24-Monatszeitraums nach Abschluß der Produktion ausgestrahlt wird. Produzenten können eine Unterstützung für neue Produktionen nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft niedergelassen sind (**).

2. Projekte können nur dann Zuschüsse aus Gemeinschaftsmitteln erhalten, wenn verbindliche Mittelzusagen aus anderen Quellen (beispielsweise Eigenmittel, Zu-

schüsse der Mitgliedstaaten, der Gerätehersteller, der Satellitenbetreiber und sonstiger an diesem Geschäftszweig interessierter Seiten) in Höhe von 50 % der unter den Aktionsplan fallenden Kosten vorliegen. Zudem müssen mindestens 50 % der nicht von der Gemeinschaft übernommenen Finanzierung (d.h. 25 % der Mehrkosten insgesamt - siehe obenstehende Tabelle) von den Marktteilnehmern aufgebracht werden.

3. Sowohl Eigenproduktionen der Rundfunkveranstalter als auch Fremdproduktionen (von unabhängigen Produzenten) kommen für die Gewährung von Zuschüssen für neue Produktionen in Frage. Die technische Qualität der unterstützten Programme muß so hoch sein, daß sie im Format 16/9 in normaler Auflösung sowohl kurz- als auch mittelfristig genutzt werden können. Nur die für eine Erstausstrahlung im Fernsehen hergestellten Programme sind zuschufähig. Der erste Tag der Dreharbeiten für die Hauptszenen bzw. der Beginn der Nachbearbeitung muß nach dem Tag der Annahme des Ratsbeschlusses, d.h. nach dem 22. 7. 1993, liegen.

4. Für eine Umformatierung der Programme bzw. die Herstellung neuer Originalprogramme ist Bedingung, daß die Erstausstrahlung im Format 16/9 im Rahmen eines nach dem Aktionsplan unterstützten Dienstes erfolgt.

Auswahlkriterien für die Finanzierung der Programmproduktion und der Umformatierung

Sollten mehr Vorschläge eingereicht werden, als Mittel verfügbar sind, so gelten für die Festlegung der Reihenfolge der zu unterstützenden Projekte folgende Kriterien.

Vorrangig behandelt werden:

- Projekte, bei denen die Restfinanzierung von den Marktteilnehmern aufgebracht wird;
- bei Neuproduktionen diejenigen Programmproduzenten, die von den die Dienste ausstrahlenden Rundfunkveranstaltern unabhängig sind;
- Produktionen von bzw. Koproduktionen mit Produzenten aus Mitgliedstaaten mit einer niedrigen Produktionskapazität oder mit einer nur begrenzt verbreiteten Sprache;
- im Falle der Herstellung neuer Originalprogramme bzw. der Umformatierung bereits existierender Programme haben Programme europäischen Ursprungs Vorrang.

Verträge und Auszahlung der finanziellen Unterstützung

Die Entscheidung der Kommission über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung ist endgültig. Die Antragsteller werden umgehend über die Entscheidung unterrichtet.

(**) Gemäß der vorliegenden Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen werden sich die tatsächlich zu zahlenden Beträge auf 50 % der angegebenen Sätze belaufen. Für nach dem 1.1.1995 veröffentlichte Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen wird die Möglichkeit einer Gemeinschaftsfinanzierung in Höhe von 80 % für in der Spätphase anlaufende Märkte bestehen.

(***) Bei Koproduktionen mit Produzenten, die nicht in der Gemeinschaft niedergelassen sind, wird die Unterstützung proportional zum Anteil der Produzenten aus der Gemeinschaft an der Koproduktion gewährt.

Die finanzielle Unterstützung wird wie folgt ausgezahlt:

Neue Produktionen

- eine Abschlagszahlung von 50 % zu Beginn der Produktion;
- weitere 50 % bei Abschluß der Produktion.

Umformatierung bereits existierender Programme

- 100 % bei Vorlage des Zahlungsnachweises.

Die Begünstigten werden vertraglich verpflichtet, die Kommission über den Tag der Ausstrahlung des im Rahmen des Aktionsplans mitfinanzierten Programms im Format 16/9 zu unterrichten.

Verfahren zur Einreichung von Vorschlägen für die Finanzierung der Programmproduktion und der Umformatierung

Einsendeschluß für Vorschläge im Zusammenhang mit der vorliegenden Aufforderung ist der 15. 10. 1993. Zu beachten ist, daß innerhalb des folgenden Zwölfmonatszeitraums zwei weitere Aufforderungen für die Programmproduktion und die Umformatierung veröffentlicht werden.

Die Vorschläge müssen zumindest die folgenden drei Bedingungen erfüllen:

a) Formblätter

Die Formblätter sind ab 1. 9. 1993 in den Büros der Kommission in den Mitgliedstaaten erhältlich (siehe die Anschriften im Anhang).

Anhand der ausgefüllten Formblätter wird die Kommission in der Lage sein, die Zuschußfähigkeit der Projekte zu bewerten und gegebenenfalls eine Auswahl zu treffen.

b) Ausstrahlungsgarantie

Bei neuen Produktionen ist als Beleg dafür, daß die Auswahlkriterien unter Ziffer 1 und 4 erfüllt sind, ein Nachweis über die Übereinkunft mit einem Rundfunkveranstalter über die Ausstrahlung des Programms im Format 16/9 vorzulegen. Dies kann in Form eines kurzen Schreibens erfolgen.

Bei der Herstellung neuer Originale ist ein Schreiben des Rundfunkveranstalters vorzulegen, der sich verpflichtet, innerhalb von 24 Monaten nach dem Datum der Herstellung eines neuen Originals das (die) Programm(e) in einem Dienst mit Breitbildformat auszustrahlen.

c) Finanzierungsgarantie

Erforderlich ist eine Erklärung des Antragstellers, mit der er garantiert, daß mindestens 25 % der Herstellungskosten je Programmstunde (siehe Tabelle oben) aus Eigenmitteln stammen bzw. ein Schreiben eines anderen Marktteilnehmers, der diesen Mindestsatz garantiert.

d) Fakultative Angaben

Die Vorschläge können weitere Informationen enthalten. Sämtliche unter Buchstaben b), c) und d) aufgeführten Informationen können in einer der Amtssprachen der Gemeinschaft gegeben werden.

Zeitplan

Datum der Veröffentlichung dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: 1. 9. 1993.

Letzter Termin für die Einreichung der Vorschläge: 15. 10. 1993.

Anträge mit einem späteren Datum des Poststempels können bei der nächsten Aufforderung berücksichtigt werden.

Aufmachung und Zustellung

Die Vorschläge sind in dreifacher Ausfertigung einzureichen.

Die Anträge sind an die folgende Anschrift entweder per Einschreiben zu senden, oder dort anzugeben:

- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, z.Hd. Frau Gisela Guggel-Robinson, GD X, Audiovisuelle Medien, Information, Kommunikation, Kultur, Rue de la Loi 200, T 120 3/23, B-1049 Brüssel.

Annexe

Bureaux de la Commission des Communautés européennes

BELGIQUE

Bruxelles/Brussel

Rue Joseph II 99, B-1040 Bruxelles

Joseph II straat 99, B-1040 Brussel, tél. 235 38 44

DANEMARK

København

Højbrohus, Østergade 61, Postbox 144, DK-1004 København K, tlf. 33 14 41 40

R. F. D'ALLEMAGNE

Bonn

Zitelmannstraße 22, D-5300 Bonn, Tel. 53 00 90

Berlin (antenne du bureau de Bonn)

Kurfürstendamm 102, D-1000 Berlin 31, Tel. 892 40 28

München (antenne du bureau de Bonn)

Erhardtstraße 27, D-8000 München 2, Tel. 202 10 11

GRECE

Athina

Vassilissis Sofias 2, BP 11002, GR-Athènes 10674, tél. 724 39 82 (3 lignes)

ESPAGNE

Madrid

Calle de Serrano 41, 5a planta, E-28001 Madrid, tel. 435 17 00/435 15 28

FRANCE

Paris

Boulevard Saint Germain 288, F-75007 Paris Cedex 16, tél. (1) 40 63 38 38

Marseille (antenne du bureau de Paris)

CMCI, rue Henri Barbusse 2, F-13241 Marseille Cedex 01, tél. 91 91 46 00

IRLANDE

Dublin

39 Molesworth Street, IRL-Dublin 2, tel. 71 22 44

ITALIE

Roma

Via Poli 29, I-00187 Roma, tel. 678 97 22

Milano (antenne du bureau de Rome)

Corso Magenta 59, I-20123 Milano, tel. 80 15 05/6/7/8

LUXEMBOURG

Luxembourg

Bâtiment Jean Monnet, rue Alcide de Gasperi, L-2920 Luxembourg, tél. 430 11

PAYS-BAS

Den Haag

Korte Vijverberg 5, NL-2513 AB Den Haag, tel. 46 93 26

PORTUGAL

Lisboa

Centro Europeu Jean Monnet, rua do Salitre 56, P-1200 Lisboa, tel. 154 11 44

ROYAUME-UNI

London

Jean Monnet House, 8 Storey's Gate, UK-London SW1P 3AT, tel. 222 81 22

Belfast (antenne du bureau de Londres)

Windsor House, 9/15 Bedford Street, UK-Belfast BT2 7EG, tel. 24 07 08

Cardiff (antenne du bureau de Londres)

4 Cathedral Road, UK-Cardiff CR1 9SG, tel. 37 16 31

Edinburgh (antenne du bureau de Londres)

7 Alva Street, UK-Edinburgh EH2 4PH, tel. 225 20 58

Phare — Schutz der natürlichen Ressourcen in Karstgebieten

Ausschreibung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Namen der Regierung der Tschechischen Republik im Rahmen des Programms Phare

(93/C 237/07)

Bezeichnung des Projekts: Schutz der natürlichen Ressourcen in Karstgebieten, Phare/90/062/030/001/EC/HEA/10-CZ

1. Teilnahme und Ursprung

Die Teilnahme steht allen natürlichen und juristischen Personen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft oder Albanien, Bulgariens, der Tschechischen Republik, Estlands, Ungarns, Lettlands, Litauens, Polens, Rumäniens, der Slowakischen Republik und Sloweniens zu gleichen Bedingungen offen.

Die Lieferungen müssen den Ursprung der obengenannten Staaten besitzen.

2. Gegenstand der Leistung

Lieferung in 19 Losen der folgenden Waren:

- Los 1) Geräte für umwelttechnische Karstuntersuchungen
- Los 2) Datenverarbeitungsstation
- Los 3) Zweidimensionale Elektrophorese
- Los 4) Zentrifugen
- Los 5) Umgekehrtes Mikroskop
- Los 6) Laminarbox
- Los 7) CO-2 Inkubator für biologische Zwecke
- Los 8) Strömungszytofluorometer
- Los 9) Filtergeräte
- Los 10) Wasserreinigungsanlage (Labor)
- Los 11) Elektrokardiographen und Monitoren
- Los 12) Geräte zur Analyse des funktionellen Zustandes des kardiorespiratorischen Systems
- Los 13) Bronchofiberskop
- Los 14) Physiotherapieausrüstung
- Los 15) Muskel-Elektrostimulator
- Los 16) DNS-Analysegerät
- Los 17) System zur Quantifizierung allergenspezifischer Körperchen, Chemikalien und Normen
- Los 18) Büroausrüstung
- Los 19) Fahrzeug (Kleinbus).

Dies schließt ein die dazugehörige Ausbildung und die Ausführung sämtlicher Montagearbeiten, Tests und Dienstleistungen gemäß den besonderen Ausschreibungsbedingungen und dem technischen Anhang zu den Ausschreibungsunterlagen.

3. Ausschreibungsunterlagen

Die vollständigen Ausschreibungsunterlagen sind kostenlos erhältlich bei:

- a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion Auswärtige Beziehungen, Operationeller Dienst Phare, Frau M. Franchomme, rue de Loi 200 (AN88-4/55), B-1049 Brüssel, Telefax (32 2) 295 75 02, Telex 21877 COMEU B);
- b) Ministry of the Environment, Programme Implementation Unit, Mr Petr Raab, Vrsovicá 65, CS-10010 Praha 10, Tel. (42 2) 73 73 59, Telefax (42 2) 73 23 88.
- c) Büros in der Gemeinschaft:
 - D-5300 Bonn, Zitelmannstraße 22 [Tel. (49) 228 53 00 90; Telefax (49) 22 85 30 09 50], NL-2594 AG Den Haag, E.V.D., afdeling PPA, Bezuidenhoutseweg 151 [tel. (31-70) 379 88 11; telefax (31-70) 379 78 78], L-2920 Luxembourg, bâtiment Jean Monnet, rue Alcide de Gasperi [tél. (352) 430 11; télécopieur (352) 43 01 44 33], F-75007 Paris Cedex 16, 288, boulevard Saint-Germain [tél. (33 1) 40 63 38 38; télécopieur (33 1) 45 56 94 17], I-00187 Roma, via Poli 29 [tel. (39-6) 678 97 22; telefax (39-6) 679 16 58], DK-1004 København, Højbrohus, Ostergade 61, [tlf. (45) 33 14 41 40; telefax (45) 33 11 12 03], UK-London SW1P 3AT, Jean Monnet House, 8 Storey's Gate [tel. (44) 71 973 19 92; facsimile (44) 71 973 19 00/19 10], IRL-Dublin 2, 39 Molesworth Street [tel. (353 1) 71 22 44; facsimile (353 1) 71 26 57], GR-10674 Athens, Vassilissis Sofias 2 [τηλ. (30) 1 724 39 82, τηλεφάξ (30) 1 724 46 20], E-28001 Madrid, calle de Serrano, 41, 5a planta [tel. (34-1) 435 17 00, 435 15 28; telefax (34-1) 576 03 87, 577 29 23], P-1200 Lisboa, Centro Europeu Jean Monnet, Largo Jean Monnet 1-10º [tel. (351 1) 154 11 44; telefax (351 1) 55 43 97].

4. Angebote

Die Angebote müssen spätestens am 26. 10. 1993 (12.00) Ortszeit vorliegen bei: Ministry of the Environment, Programme Implementation Unit, Mr. Petr Raab, Project Authorising Officer, Vrsovicá 65, CS-10010 Praha 10.

Die Angebotseröffnung findet am 27. 10. 1993 (14.00) Ortszeit in öffentlicher Sitzung statt im: Ministry Environment, Programme Implementation Unit, Vrsovicá 65, CS-10010 Praha 10.

BERICHTIGUNGEN

Berichtigung der Ausschreibung: Wellenlängen-dispersives Röntgen-Fluoreszenz-Analysesystem

(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 225 vom 20. August 1993)

(93/C 237/08)

Seite 9 Punkt 6 Buchstabe a): Schlußtermin für Eingang der Teilnahmeanträge:

anstatt: „27. 8. 1993“

muß es heißen: „27. 9. 1993“.
